Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jeden Werktages. Abonnementspreis mit illustr. Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspfg. Einzelverkaufspr. 10 Reichspfg.
Redaktion: Johannisstraße 46
Fernruf { 905 nur Redaktion
926 nur Geschäftsstelle

Anzeigenpreis für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Reichspfennige, auswärtige 30 Reichspfennige. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Reichspfennige. Reklamen 90 Reichspfg.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle
905 nur Redaktion

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 2 — Montag, 4. Januar 1926 — 33. Jahrgang

Die Krise im Bolschewismus

Zum 14. russischen Kommunistenkongreß

Dr. L. Lübeck, 4. Januar.

Vor einigen Wochen ging eine russische Karikatur durch die deutsche kommunistische Presse mit der Ueberschrift: Der Industrieprolet hilft den Bauern gegen den Kulak. Auf dem Bilde zerschnitt ein Industriearbeiter den Strick, den ein reicher Bauer einem armen um den Hals gelegt hatte. (Kulak ist in der russischen Sprache der Spottname für den reichen Dorfbauern.)

Diese Karikatur stammt aus der Petersburger „Pravda“. Und es ist bezeichnend für die völlige Ahnungslosigkeit der deutschen Kommunisten in russischen Dingen, daß ausgerechnet die so moskaufromme „Rote Fahne“ sie weiter verbreitete. Denn diese Kulak-Karikatur war eine Kampf-Karikatur gegen den Nep, d. h. gegen die „Neue Wirtschaftspolitik“, und damit gegen Moskau.

Vom 20. bis 23. Dezember des vorigen Jahres wurde der XIV. Kongreß der russischen Kommunisten abgehalten. Zum ersten Male in der Geschichte des russischen Kommunismus setzte eine entschlossene Opposition ein Gegenreferat durch, und in dreitägigen erbitterten Redeschlachten wurden Gegensätze in der russischen kommunistischen Partei aufgedeckt, die von einer tiefen Krise im Bolschewismus zeugen.

Führer der Opposition war und ist der einst allmächtige Sinowjew. Sinowjew ist Bürgermeister von Petersburg, ist so eine Art Lokalheros dieser Stadt und geschlossen steht die dortige Arbeiterschaft hinter ihm. Beinahe könnte man Sinowjew als den Erben Trotzkis bezeichnen, den er noch vor zwei Jahren so erbittert bekämpft und auch — wenn auch nur vorübergehend — erledigt hat. Jedenfalls bedient sich Sinowjew heute einer großen Zahl derjenigen Argumente, die ursprünglich Trotzki geprägt hat. Allerdings betont er neben den politischen Befürchtungen Trotzkis vor allem die wirtschaftlichen.

Worum handelt es sich?

Bekanntlich stammt die „Neue Wirtschaftspolitik“, der sogenannte Nep, von Lenin selbst. Nachdem die ersten rein kommunistischen Experimente Rußland direkt in den wirtschaftlichen Ruin geführt hatten, warf er entschlossen das Steuer herum. Die „neue Politik“ gab einen großen Teil der Wirtschaft dem Kapitalismus wieder preis, allerdings in verhüllter Form. Es wurden eine Reihe von Riesentrusts gegründet unter Beteiligung von Staatskapital. Also eine Art Mischung von Privat- und Staatskapitalismus.

Hand in Hand mit dieser Konzession an den Privatkapitalismus in Industrie und Handel ging eine Aenderung in der bolschewistischen Agrarpolitik. Für den Bauernstand wurde ein tatsächliches Grundeigentum geschaffen; die vorher allmächtigen Dorfräte (nur aus Landproletariern zusammengesetzt) wurden in ihrer ersten Form abgeschafft. Damit war natürlich der Weg frei für die wirtschaftliche Entfaltung und politische Einflußnahme der Groß- und Mittelbauern, der Kulaks.

Lenin selbst bezeichnete diese Riesenschritte rückwärts als eine vorübergehende Atempause, als ein Notbehelf, der in besserer Zukunft echtem Sozialismus Platz machen müsse.

An diesem Ausspruch Lenins hakt Sinojew mit seiner Opposition (zu der auch die Witwe Lenins gehört) ein. Er weist darauf hin, daß die verantwortliche Leitung in Moskau gar nicht daran denke, den „Nep“ in Stadt und Land als „Atempause“ zu behandeln. Im Gegenteil baue man ihn immer mehr aus. Die Riesentrusts würden mehr und mehr Anstalten zur Ausbeutung der Arbeiterklasse, schlimmer als jeder Kapitalismus, da es für die Arbeiter keine Koalitionsfreiheit und kein Streikrecht gebe.

Und auf dem Lande habe die Entwicklung die verderblichsten Wirkungen hervorgerufen. Der reiche Kulak beherrsche heute schon das Landgebiet, wirtschaftlich und politisch. Der Dorfarme und selbst der Kleinbauer aber seien nur noch die Sklaven dieses Kulaks.

Wörtlich sagte Sinowjew über diese beiden Punkte: **„Fühlen die Arbeiter etwa nicht die ganze Unwahrheit unserer Behauptung, wenn wir ihnen schöne Redensarten darüber vorsetzen, daß das alles** (Nep, Staatstrusts und Agrarpolitik) **Sozialismus sei?“** Sinowjew befürchtet, daß über kurz oder lang der wachsende Privatkapitalismus in Verbindung mit den reichen Bauern entweder die Diktatur der kommunistischen Partei überhaupt brechen, oder aber in der Partei selbst die Macht an sich reißen könnte. Nach Sinowjews Ansicht gäbe es für die echt kommunistische Politik nur ein Fundament: die Industriearbeiter. Deshalb verlangte Sinowjew, daß mindestens 90 Prozent der Mitglieder der kommunistischen Partei Arbeiter sein müssen. Und daß zweitens die Zahl der von Bauern besetzten Funktionärstellen eng begrenzt werde.

Sinowjew drang auf dem Kongreß mit seiner Ansicht und mit seinen Forderungen nicht durch. Die große Mehrheit stellte sich hinter Stalin, Sinowjews Kollegen in der „Troika“. Stalin hatte in seinem Referat sowohl den „Nep“ als auch die Kulakpolitik verteidigt. Am verständlichsten wird es sein, wenn man einfach sagt, Stalin hat den Revisionismus verteidigt gegen den kommunistischen Radikalismus Sinowjews. Gesiegt hat der Revisionist Stalin.

Wer die Einstellung der Kommunisten nur aus Deutschland kennt, kann dieses Ergebnis des Moskauer Kongresses nur schwer begreifen. Jede bisherige kommunistische Dialektik führt zur Auffassung von Sinowjew; Sinowjew hat zweifellos von jedem marxistischen Gesichtspunkte aus recht. Und dazu seine scharf formulierten Schlagworte: Gegen den Kapitalismus im Großtrust! Gegen den reichen Kulak! Für den echten Proletarier in Stadt und Land! Solche Schlagworte sollten einen kommunistischen Kongreß nicht begeistern?

Die kommunistische Partei hat in Rußland eben eine ganz andere Schule durchgemacht als in Deutschland. In Deutschland bestand die kommunistische Politik im Schimpfen und im Annehmen von Resolutionen. In Rußland aber trug sie Verantwortung, hatte sie Leistungen zu vollbringen; und sie konnte deshalb Erfahrungen sammeln von eindringlicher Lehre. Diese meist schlechten Erfahrungen mit den dogmatischen kommunistischen Experimenten lasten auf der Mehrheit der russischen Kommunisten wie ein Alpdruck. Diese Mehrheit weiß, daß die neue Politik, daß der Nep aus absolut zwangsläufigen Notwendigkeiten entstanden sind. Sie fühlt, daß jede Rückkehr zum alten Dogmatismus zu neuem Ruin führen müßte. Und nichts schreckt den russischen Kommunisten mehr als die Erinnerung an die Elendsjahre 1920, 21 und 22.

Der Sieg des neuen Weges, des Revisionismus Stalins war deshalb in der ganzen Atmosphäre Moskaus begründet. Und Sinowjew wurde mit überwältigender Mehrheit geschlagen.

Aber die Fragen, die Sinowjews Opposition angeschnitten hat, sind damit nicht aus der Welt geschafft. Der geschlossene Bau des Leninschen Bolschewismus hat unter dem Eisenhammer der Tatsachen Risse und Sprünge erhalten, die nicht mehr zu verkleistern sind. Die Krise im Bolschewismus schwelt unter der Oberfläche weiter. Und erst die nächsten Jahre, vielleicht Jahrzehnte werden im russischen Bolschewismus die Entscheidung bringen, und vielleicht die — Spaltung.

Das „heilige“ Jahr

(Von unserem römischen Korrespondenten.)

Das vergangene Jahr bedeutet für den italienischen Faschismus die Betonung und teilweise Verkörperung bestimmter und ziemlich klar umrissener Tendenzen, an Stelle des Sturmes und Dranges der ersten Jahre faschistischen Regimes. Es bedeutet demnach für das italienische Proletariat weitere Bedrückung und Entrechtung. Man könnte es also ein Jahr der Niederlage nennen, wenn nicht die in ihm ausgestaltete reaktionäre Utopie des faschistischen Staates schon alle Merkmale der Lebensunfähigkeit in sich trüge. Nicht in dem Sinne, daß ein baldiger Zusammenbruch des Regimes zu erwarten wäre, das 300 000 Bewaffnete zählt, den Staatsmechanismus in Händen hat, über die öffentlichen Gelder verfügt und über die Machtmittel der Hochfinanz und der Industrie. Wohl aber im weiteren Sinne einer geschichtlichen Perspektive, daß man nämlich an Stelle des demokratischen liberalen Staates nichts anderes hat setzen können als einen riesigen bureaukratischen Apparat, in dem der Exekutivgewalt alles zufällt, was in normalen Staaten die Prärogative der richterlichen und der gesetzgeberischen Gewalt ausmacht, eine byzantinische Ueber- und Unterordnung, eine Regelung von oben, die ins Kleinste geht, eine Unsumme behördlichen und polizeilichen Zwanges, durch die man wähnt, die Beziehungen von Arbeit und Kapital zu regeln, der Wissenschaft ihre Schlußfolgerungen, dem einzelnen Bürger seine Ueberzeugung vorzuschreiben, die Freizügigkeit durch polizeiliche Leumundszeugnisse zu beschränken, das Individuum zu einem bloßen Werkzeug der Zentralgewalt zu machen, wie einst in den orientalischen Staaten. Das Jahr 1925 hat den Begriff des faschistischen Staates ausgereift. Aber was es gezeitigt hat, ist eine Mißgeburt.

Es ist sicher nicht erfreulich und gereicht auch einer Arbeiterklasse nicht zur Ehre, dem Austragen einer solchen gesetzlichen und staatsrechtlichen Monstrosität nicht haben entgegenwirken zu können. Es ist immerhin eine Verheißung, daß man bei Verneinung aller Ideale der Demokratie und des Liberalismus nur ein ganz und gar künstliches, funktionsunfähiges Staatsgebilde hat aushecken können.

Man sehe sich nur die „Versöhnung von Kapital und Arbeit“ an, der das Gesetz über die Syndikate und das obligatorische Schiedsgericht dienen soll. Es setzt an Stelle der natürlichen Macht, die sich aus dem Zusammenschluß ergibt, eine künstliche, vom Staat verliehene Macht, die der gesetzlichen Anerkennung. Um sie zu erlangen, braucht das Syndikat keineswegs zu beweisen, daß es die Mehrheit der Arbeiter seiner Kategorie und seines Bezirks umfaßt; das tut gar nichts zur Sache. Es braucht nur 10 Prozent dieser Arbeiter zu seinen Mitgliedern zu zählen; hat es dann „Führer von bewährter nationaler Gesinnung“ — und wer hätte die, wenn nicht die faschistischen Syndikate! — dann ist es der Anerkennung gewiß. Mit der Anerkennung verleiht der Staat Macht und nimmt sie. Er nimmt dem Syndikat jede Selbstverwaltung, läßt keinen seiner gewählten Führer ohne staatliche Bestätigung gelten. Aber er verleiht Macht über alle außerhalb des Syndikats stehenden Arbeiter, deren ausschließlicher Vertreter das gesetzlich anerkannte Syndikat wird. Nur dieses kann im Namen aller Arbeiter mit den Unternehmern verhandeln, kann Tarifverträge abschließen, Schiedsgerichte anrufen, kurz gesagt, gewerkschaftliche Tätigkeit entfalten. Außerdem hat es das Recht, **von allen außerhalb seiner Organisation stehenden Arbeitern Beiträge zu erlangen** in der Höhe eines Arbeitstages pro Kopf und Jahr. Das gesetzlich anerkannte Syndikat wird also mit Machtbefugnissen ausgestattet, nicht aber gegen die Unternehmer, sondern gegen die nichtfaschistischen Arbeiter, die es lenkt, vertritt, besteuert, ohne daß sie den Mund aufmachen können. Damit es diese ihm verliehene Macht nicht gegen die Unternehmer kehre — man denke, daß die gesamten Syndikate der Arbeiter ein Jahreseinkommen von rund 250 Millionen Lire haben werden, das allen Arbeitern vom Lohn einbehalten wird! —, hat man dann das obligatorische Schiedsgericht geschaffen, in dem ernannte Berufsrichter und ernannte Laien-Beisitzende alle Fragen, die auf das Arbeitsverhältnis Bezug haben, in rechtsverbindlicher Weise entscheiden, wodurch der Streik für die Arbeiter und der Boykott für die Unternehmer strafbar wird. Es liegt auf der Hand, daß diese Schiedsgerichte von der Regierung abhängen werden. Das ist auch von Mussolini ausdrücklich, den Unternehmern zur Beruhigung, versprochen worden. Das Ganze ist eine Art Taschenspielerei: die Regierung schafft Arbeiterorganisationen, die eine Unmasse Rechte haben gegenüber den ihnen nicht angehörigen Arbeitern, aber die Auseinandersetzung mit dem Kapital vertrauensvoll der Behörde überlassen sollen. Im Grunde handelt es sich um **eine Verdrängung des Klassenkampfes durch einen Kampf der faschistischen Arbeiter gegen die nichtfaschistischen.** Der Dritte, dem der Streit zum Vorteil gereicht, ist natürlich der Kapitalist.

Dann die Schaffung des starken Staates! Dafür ist im Laufe des Jahres nach einem einzigen Rezept gearbeitet worden: Abbau des Parlaments, Verstärkung der Exekutivgewalt. Sie erhält im ersten Minister — Mussolini wollte die Bezeichnung „erster Konsul“ durchsetzen — ein nur dem König verantwortliches Oberhaupt, das wie das Staatsoberhaupt durch schwerste Strafen vor jeder Kränkung geschützt ist. Außerdem hat man der Exekutivgewalt zugestanden: das Recht, das Strafgesetzbuch und die Strafprozeßordnung, sowie das Polizeirecht abzuändern, auf dem Verordnungswege eine Anzahl von Dingen zu

Liquidierung des Kriegk-Skandals

Mit Rücksicht darauf, daß am 12. Januar der Reichstag wieder zusammentritt, ist entsprechend dem Antrag des Außenministers der Auswärtige Ausschuß auf Sonnabend, dem 9. Januar, einberufen worden. Der Ausschuß wird sich vor allem mit der „Völkerbundsaffäre“ beschäftigen und hierzu folgende Fragen zu klären haben:

1. Welches Mitglied des Völkerbundssekretariats gegenüber dem Generalkonsul in Genf Herrn Aschmann von „Beunruhigung“ und „Besorgnis“ über die in Deutschland angeblich aufgestellten Parteilisten für das Völkerbundssekretariat gesprochen hat.
2. Wie diese Erklärungen des Mitgliedes des Völkerbundssekretariats genau gelautet haben.
3. Wie der Wortlaut des Berichtes des deutschen Generalkonsuls war und ob dieser Bericht der eigenen Initiative des Herrn Aschmann entsprungen oder von ihm angefordert worden ist.
4. Woher die Hugenberg-Presse unmittelbar nach dem Eintreffen in Berlin von ihm Kenntnis bekam.

Es liegt bei dem Reichsaußenminister, den Verlauf der Debatte des Auswärtigen Ausschusses für sich und sein Amt dadurch weniger schmerzvoll zu gestalten, daß er schon jetzt versucht, eine weitgehende positive Klärung der Angelegenheit herbeizuführen. Er wird sich darüber klar sein müssen, daß seine Ausführungen vor der Presse und die auf Grund seiner Initiative veröffentlichten amtlichen Verlautbarungen keineswegs die erforderliche Aufklärung herbeigeführt haben, wenn auch die Sozialdemokratie in bezug auf sich insofern zufriedengestellt ist, als amtlich bestätigt wurde, daß sie an den Bewerbungen um die Besetzung bestimmter Stellen im Völkerbundssekretariat weder offiziell noch inoffiziell beteiligt ist.

Parteitag der estnischen Sozialdemokratie

Aus Reval wird uns geschrieben: Der Parteitag der estländischen Sozialisten, der zwischen Weihnachten und Neujahr stattfand, brachte im Anschluß an ein Referat des Vorsitzenden des Parlaments Ney über die politische Lage eine lebhafte Aussprache über die Frage der Beteiligung der Sozialisten an der Regierung. Bei der Abstimmung entschied sich die Mehrheit im Sinne des Referenten prinzipiell für einen Eintritt in die Regierung. Der neugebildeten Regierung gegenüber wird die Partei in der Opposition verbleiben. Allgemein kam auf dem Parteitag die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß die Neuwahlen zum Parlament eine sozialistische Mehrheit ergeben werden.

regeln, die früher dem Parlament vorbehalten waren, die Beamten zu entlassen, die eine mit der Politik der Regierung unvereinbare Haltung einnehmen. Wie der starke Staat die Rechte des Parlaments und die der Individuen weglöscht, so auch die der Justiz. Es besteht die ausgesprochene Tendenz, die richterliche Befugnis immer mehr einzuengen und die polizeiliche Befugnis immer mehr zu erweitern. So wird sich das Abwürgen der nichtfaschistischen Presse ganz ruhig vollziehen können, ohne daß sich die Richter dabei bemühen. Der Präfekt kann als Gefahr für die öffentliche Ordnung jedes Blatt beschlagnahmen, ohne daß irgend etwas wie ein richterliches Verfahren darauf zu folgen braucht. Dabei betont die faschistische Gesetzgebung immer den Grundsatz der zivilrechtlichen Verantwortlichkeit. Jeder Drucker einer Zeitung haftet mit seinem ganzen Betriebsmaterial für alle etwaigen Missetaten des Blattes; ebenso haften alle Aktienbesitzer der Zeitung. Auch bei dem Gesetz gegen die „Emigrierten", das man richtiger das Gesetz gegen die Kritik im Ausland nennen sollte, ist der Richterstand völlig ausgeschaltet. Dieses Gesetz verhängt die Strafe des Verlustes der Staatsbürgerschaft und der Einziehung des Besitzes gegen alle, die im Ausland schlecht über die faschistische Regierung sprechen oder schreiben, wobei ausdrücklich gesagt ist, daß die Handlung als solche kein Verbrechen darzustellen braucht. Man wird also im faschistischen Italien nicht nur Strafen verhängen, ohne Richter, sondern auch ohne Verbrechen; es genügt das Befinden der Exekutivgewalt, um einen Italiener um seine Staatszugehörigkeit und um sein Vermögen zu bringen.

Jede derartige Steigerung der Exekutivgewalt und Befreiung von aller Kontrolle ist gleichzeitig Ausdruck einer tatsächlichen Diktatur und trägt den Keim zu einer gesetzlichen Diktatur, zum Handstreich gegen die bestehende Monarchie in sich. Der Weg vom „ersten Konsul" zum Imperator ist kurz. Am 19. Dezember hat der Minister des Innern in der Kammer vom „Oberhaupt des durch den zwiefachen Sieg erneuerten Italiens" gesprochen und hat . . . nicht den König gemeint. Dann hat er dem „Duce des neuen Italiens" Glückwünsche entboten und nachher dem König. Im Munde des vom Nationalismus zum Faschismus umgesattelten Federzoni bedeuten diese Worte mehr, als wenn sie der heiligen Einfalt Farinaccis entschlüpft wären.

Ein neues Jahr und neue Lügen

Die Nachtausgabe des „Berliner Lokalanzeiger" hat das alte Jahr mit einem großen Schwindel beendet, um das neue mit einer ebenso großen Lüge zu beginnen. Die bewußte Fälschung über eine Stellenjägerei der Sozialdemokratie in Genf ist von dem Hugenbergblatt und seinen Ablegern in der Provinz bis heute nicht widerrufen worden, obwohl selbst die „Tägliche Rundschau" sich jetzt zu dem Geständnis gezwungen sieht, daß die Sozialdemokratie sich den behaupteten Bestrebungen in Genf ferngehalten hat. Was kümmert das einen General-Anzeiger-Redakteur? Seine Leserschaft ist immer und immer wieder für neue Lügen empfänglich, und so wird weiter das Blaue vom Himmel herunter geschwindelt.

Am Sonnabend lügt die Nachtausgabe des „Berliner Lokalanzeiger" ebenso dreist wie dumm, daß in der Pause der Reichstagsverhandlungen zwischen Vertretern der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Demokraten neue Besprechungen stattgefunden hätten, durch die angeblich die kommenden Verhandlungen des Zentrums in dem Sinne beeinflußt werden sollten, daß die Zentrumsfraktion nochmals einen Beschluß gegen die Beteiligung an einer Koalition der Mitte und gegen eine Unterstützung eines Kabinetts Luther faßt bzw. sich nochmals auf die Bildung einer großen Koalition festlegt. —

An diesen Behauptungen ist ebensowenig Wahres wie an der bekannten Weihnachtsbescherung des „Berliner Lokalanzeigers". Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei ermächtigt uns zu der Feststellung, daß von den bürgerlichen Parteien nicht einmal der Versuch zu neuen Verhandlungen seit der Vertagung des Reichstags gemacht worden ist.

Das Arbeitslosenelend steigt weiter

Die Zahl der Arbeitslosen ist in Berlin in der letzten Woche um 6666 Personen gestiegen. Es waren 169 089 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen gegen 158 423 der Vorwoche. Unterstützung bezogen 76 748 (70 399) männliche und 24 411 (21 372) weibliche, insgesamt 103 159 (91 771) Personen. Von ihnen waren 593 (885) bei Notstandsarbeiten beschäftigt.

Warum der Krieg endlos dauern mußte

Neue Enthüllungen

Auf Grund seiner Kenntnis vatikanischer Akten und seiner besonderen Informationen, die zweifellos auf den Nuntius Pacelli zurückgehen, hat der in Zürich lebende katholische Schriftsteller Friedrich von Lama vor einiger Zeit behauptet, daß die päpstliche Friedensvermittlung des Jahres 1917 gescheitert ist an der Haltung des Reichskanzlers Michaelis, der den offiziellen Charakter des englischen Friedensangebotes bei der Kurie dem Kaiser und dem Kronrat bewußt vorenthalten habe. Michaelis habe dem damaligen entscheidenden Instanzen den offiziellen englischen Friedensschritt in ein Schreiben eines wohlwollenden Privatmannes aus London umgefälscht und sich der offenkundigen und bewußten Lüge, eines unverzeihlichen Verbrechens am deutschen Volke schuldig gemacht. Wegen dieser Feststellungen hat der frühere Hofprediger und jetzige deutschnationale Abgeordnete Dr. Döhring Herrn von Lama einen stumpfsinnigen Hetzer genannt, weshalb letzterer jetzt Strafantrag beim Amtsgericht Berlin gestellt hat. Der Kläger verfolgt mit diesem Prozeß die Absicht, den ganzen Hergang des päpstlichen Friedensschrittes vom Jahre 1917 gerichtlich soweit als möglich klären zu lassen. Ein Termin für die Verhandlung ist bis jetzt noch nicht angesetzt.

Wie steht's mit Herrn Bernsdorf?

Der Reichsgesetzgebungsminister Genosse Landsberg richtete kürzlich in der Zeitschrift „Die Justiz" schwere, persönliche Angriffe gegen die Richter im Magdeburger Landesverratsprozeß. Eine öffentliche Erwiderung auf diese Angriffe ist den hart beschuldigten Richtern bisher nicht erfolgt. Sie haben sich mit einer geheimen Untersuchung begnügen zu müssen; denn, wie man jetzt erfährt, haben sie die Disziplinarbehörde über die gegen sie gerichteten Vorwürfe beantragt. Ob das Ergebnis dieses Verfahrens noch im Jahre 1923 zu erwarten ist? Wir nehmen als selbstverständlich an, daß die Justizbehörde dem Antrag der zweifellos zu Recht beschuldigten Richter stattgibt.

Der Fall Schillings gütlich beigelegt

Der preußische Kultusminister Becker hat das neue Jahr mit einer außerordentlich begrüßenswerten Amtshandlung eingeleitet, indem er durch Vermittlung des Berliner Oberbürgermeisters Böß im Fall Schillings die Hand zu einem Ausgleich geboten hat. In einem Brief an den ehemaligen Intendanten erklärt er, daß Schillings bei dem Holland-Gastspiel und dem Kroll-Vertrage, die ihm vor allem zum Vorwurf gemacht wurden, in gutem Glauben gehandelt habe, und bietet ihm unter der Voraussetzung, daß Schillings auf eine gerichtliche Auseinandersetzung verzichtet, eine Meisterklasse für Musik an der Akademie der Künste an. Die fristlose Entlassung ist damit formell rückgängig gemacht, da der Minister sich bereit erklärt, dem Intendanten, falls er auf den Vorschlag nicht eingehen will, seine bisherigen Bezüge bis zum Ende seiner Vertragszeit auszahlen zu lassen. Schillings hat sich in seinem Antwortschreiben, in dem er betont, daß er auf Grund der Ehrenerklärung des Ministers die Klage zurückzieht, grundsätzlich zur Annahme des Angebots bereit erklärt. Damit wird der Vertrag des Intendanten als auf Grund gütlicher Vereinbarung gelöst betrachtet.

Soziale Sternguckerei

Da am westlichen Industriehimmel die Sonne Hugo Stinnes verblaßt ist, treten die anderen Gestirne deutlicher hervor. Ein Stern erster Größe ist Thyssen. Je nach der Beschaffenheit der ihn umgebenden Atmosphäre wechselt bei diesem Großstern Glanz und Farbe. Periodenweise wird sein Schimmer getrübt von dunstigen Wolken. Da eben jetzt wieder eine Verdunkelung stattfindet, vermag sogar der Amateur ohne astronomische Instrumente diesen Himmelskörper zu betrachten. Daraus ergeben sich gute Einblicke in die Bewegungsgesetze jener glitzernden Welt.

Vor reichlich zwanzig Jahren veränderte Thyssen seine Bahn. Er stieg aus den Sphären des Eisens in die der Kohle, er verdoppelte damit seine Leuchtkraft. Wie vor zwei Jahrtausenden der Stern von Bethlehem war er plötzlich weithin sichtbar. Die armen Hirten der sarmatischen Ebenen und der Karpathenberge verließen ihre Lehmhütten und ließen sich von dem lockenden Schimmer leiten, weit weg ins Abendland. Am Niederrhein stand der Stern still, hier fanden die Fremdlinge eine neue Heimat. Sie durften wohnen in den Palästen Thyssenscher Werkskolonien, durften Gott danken für das gefundene Glück in einer neuerbauten Kirche, aus der die Gebete in sieben Sprachen zum Himmel stiegen. Zwischendurch gewährte ihnen ein wenig Zeitvertreib die Arbeit in den Schächten der Zeche „Deutscher Kaiser", die der Wohltäter in löblicher Eile errichten ließ. Sein Ruhm stieg und mit ihm stieg der Glanz.

Seither bewegt sich Thyssens Stern in stolzen Höhen, nur hin und wieder etwas getrübt, mitunter auch im hellsten Scheine strahlend. Uebergangen seien die düsteren Schatten, die aus dem Schoße der eigenen Familie emportauchten und die des einen Sohnes Entmündigung und Konkurs zur Folge hatten, die einen langen Kometenschweif gerichtlicher Prozesse nach sich zogen. Da solches selbst in den besten Familien vorkommen soll, überwand Thyssen die Affaire rasch. Der etwas später ausbrechende Weltkrieg versprach Entschädigung für allen früheren Kummer. Thyssens große Eisenhütten in Lothringen und am Niederrhein entbehrten ausreichender eigener Erzgruben — der deutsche Sieg sollte sie liefern. Darum drängte Thyssen ungestüm und hartnäckig auf die Annektion des Erzbeckens von Briey. Er hätte es gewiß bekommen, wenn alle deutschen Annektionsschwärmer ins Feld gezogen und um die begehrten Länder gekämpft hätten, anstatt als Reklamierte zu Hause auf den Sieg zu warten. So blieb er aus, und neben der Hoffnung auf neuen Besitz ging sogar der alte flöten, soweit er in Lothringen und Frankreich lag. Aber auch diese Wunde vernarbte schnell, als Mutter Germania sie mit dem heilenden Pflaster reichlicher Entschädigungen überdeckte.

Inzwischen hat der alte Familienchef August Thyssen die Last seiner Industriegeschäfte auf die jüngeren Schultern seiner männlichen Nachkommen verteilt. Fritz und Hans Thyssen sind die rührigsten Erneuerer ihrer Hausmacht — wie der Alte mit wechselndem Glück. Hans Thyssen war vor Jahresfrist zu einer technischen Studienreise nach Amerika gefahren. Die Erfolge seiner Studien wurden schnell sichtbar. Das erste war ein Pump von 11 Millionen Dollar, mit deren Hilfe der Niederrhein amerikanisiert wurde. Bei Beckerwerth wuchs dicht am Rhein eine neue Stadt empor mit vielen hundert Häusern und — um die Tradition der Familie zu ehren — zwei Kirchen. Denn die Thyssens waren, mit der einen dunklen Ausnahme, stets fromme Christen, die dem Wahlspruch folgten: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist." Selbst in bewegten Tagen wurden sie in ihrer gläubigen Zuversicht nicht wankend. Als im April dieses Jahres wegen der Erneuerung des Kohlensyndikats die Wogen hoch gingen, machte Fritz Thyssen eine Pilgerfahrt nach Rom. Er kam auch gestärkt und erleuchtet aus der heiligen Stadt zurück und konnte bald darauf den neuen Syndikatsvertrag unterzeichnen, denn er war jetzt besser als vor der Romreise.

Wenn die Könige bauen, haben die Kärrner Arbeit. Während schon im Frühjahr viele Kohlenzechen die Betriebe einschränken mußten, konnte Thyssen auf seinen Gruben viele hundert neue Arbeiter einstellen. Die amerikanischen Dollars und der päpstliche Segen wirkten nachhaltig. Allmählich aber erblaßte auch ihre Kraft, und seit Juni ist auch Thyssen fleißig am Abbau. Eine neue Periode atmosphärischer Trübung hat seinen Stern überschattet. Seine wirkliche Gestalt ist seit einigen Wochen mit bloßem Auge deutlich zu erkennen. Schön ist sie gerade nicht, wie aus dem Beschluß der Ruhrknappschaft hervorgeht, den sie am 10. Dezember faßte. Es soll auf dem Klagewege gegen Thyssen vorgegangen werden, weil er der Knappschaftskasse mehrere Millionen Mark schuldet und alle Maßnahmen mit souveräner Mißachtung ignoriert. Die Thyssens sind eben Männer der Tat. Andere Schwerindustrielle schimpfen nur auf die lästige Sozialversicherung, sie aber schneiden ihr kurzerhand den Lebensfaden durch, indem sie keine Beiträge zahlen.

So enthüllen trübe Zeiten manche bisher verschleierte Schönheit am Sternhimmel der Industrie. T.

Französischer Marokkofrieden

Wie von Abd el Krim abgefallene Stämme behandelt werden

Paris, 3. Januar. (Eig. Drahtb.)

Aus Marokko wird amtlich gemeldet:

Der Stamm der Senhadschas, der dieser Tage die Sache Abd el Krims verließ und sich den französischen Truppen unterwarf, mußte folgende „Friedensbedingungen" ausführen:

1. Abgabe eines Stieres auf je zehn Familien;
2. Verpflichtung zur Lieferung von Arbeitskräften zur Instandsetzung der Wege;
3. sofortige Wiederherstellung der von den Senhadschas selbst zerstörten Wege;
4. Stellung von 35 Geiseln zur Sicherung der auf dem Gebiete der Senhadschas stehenden französischen Truppen;
5. Abgabe eines Gewehrs und einer Summe von 300 Franken auf jede einzelne Familie und zwar innerhalb acht Tagen, sofortige Abgabe von 12 000 Franken für den ganzen Stamm;
6. Verpflichtung zur Leistung von Kriegshilfe bei künftigen Operationen.

Diese Bedingungen wurden alle pünktlich erfüllt.

Für die Vereinigten Staaten von Europa

Stimmen der Völker.

SPD. Paris, 2. Januar.

Der „Intransigeant" hat am Sonnabend mit der Veröffentlichung der Antworten einer weitgreifenden Rundfrage über die Idee der Vereinigten Staaten von Europa begonnen. Unter der großen Zahl der Befragten aller Nationen befinden sich von Deutschen, soweit die Antworten bereits veröffentlicht sind, Professor Einstein und Reichswehrminister Dr. Geßler. Geßler sieht in der Wiederherstellung der europäischen Solidarität die einzige Möglichkeit zur Erhaltung der europäischen Kultur und Wirtschaft. Ihre Verwirklichung hält er unter dem Druck der europäischen Krise trotz aller Schwierigkeiten in absehbarer Zeit für möglich. Grundbedingung aber sei, daß die Vereinigten Staaten von Europa aufgebaut würden auf der Gleichberechtigung aller Nationen und die Freiheit der einzelnen Staaten nur insoweit begrenzt werde, als es für den Gesamtorganismus erforderlich sei. Der Weg zu diesem Ideal beginne bei der Lösung der wirtschaftlichen Fragen. Einstein bezeichnet diesen Weg der Vereinigten Staaten von Europa als den kategorischen Imperativ für ein Europa, das seine menschliche Bedeutung wahren wolle. Von besonderem Interesse ist die Stimme eines hohen französischen Offiziers, des Marschalls Lyautey, der die günstige Gelegenheit zur Gründung der Vereinigten Staaten von Europa, nämlich den 10. November 1918 (Waffenstillstand), für versäumt hält, wie die Alliierten überhaupt sämtliche Möglichkeiten zum Wiederaufbau vergeßen hätten; doch müsse man auch weiterhin zum Heile der ganzen Welt das Zustandekommen der Vereinigten Staaten von Europa wünschen. Der jetzige französische Finanzminister und ehemalige Ministerpräsident, Paul Doumer, wünscht, wenn man schon Rußland und die Türkei in den Staatenbund einbeziehen wolle, auch die Angliederung der Vereinigten Staaten von Amerika und Brasilien. Gabriel Hanotaux, Mitglied der Akademie und ehemaliger Außenminister, hält den guten und geduldigen Willen der Völker und die feste Entschlossenheit ihrer Führer für die beiden Voraussetzungen, die die Verwirklichung der Vereinigten Staaten von Europa möglich machen müßten. Für Belgien spricht Staatsminister Carton de Wiart. Um zu dauerhafter Sicherheit und zur Entwaffnung zu gelangen, müsse die Solidarität der europäischen Staaten durch eine immer weitere Kreise ziehende Zollunion gestärkt werden. Vollendet wäre das Werk durch die kulturelle Durchdringung aller europäischen Völker. Auch der Präsident des spanischen Direktoriums, General Primo de Rivera, bekennt sich als Anhänger der Idee der Vereinigten Staaten von Europa, zu deren Verwirklichung der Weg bereits durch die internationalen Konferenzen und durch den Völkerbund geöffnet sei. Allen Bündnissen und Verträgen vorausgehen müsse aber eine starke Gesetzgebung, die den Frieden in Europa, das höchste Gut der Völker, sichere.

Das Wasser fällt

Köln, 4. Januar (Radio).

Das Hochwasser geht weiter zurück. Heute früh 9 Uhr wurde ein Wasserstand von 8,46 Meter angezeigt. Das Wasser fällt stündlich um 3 Zentimeter. Auch aus Koblenz wird ein Fallen von 3 Zentimeter stündlich gemeldet. Ebenso melden alle Nebenflüsse des Rheines ein Zurückgehen des Wassers.

Schwere Nachwehen in Belgien und Nordfrankreich

Brüssel, 4. Januar (Radio).

Die Hochwasserkatastrophe, von der Belgien zurzeit heimgesucht wird, ist die schlimmste seit Menschengedenken. Alle Flüsse und Bäche zwischen der Schelde und der Maaß sind aus den Ufern getreten. Am schwersten betroffen ist das Maßtal. Das ganze Land von Dina bis Maeseyck mit Einschluß von Namur und Huy und insbesondere Lüttich sind überschwemmt. Ueber die Stadt Lüttich ist eine große Katastrophe hereingebrochen. Ueber 10 000 Häuser stehen unter Wasser. Ueber 100 000 Menschen sind durch das Hochwasser arbeitslos geworden, weitere 100 000 des dichtbevölkerten Lütticher Industriebezirkes sind in ihren Häusern eingeschlossen, wo sie sich in die höchsten Stockwerke flüchten mußten und von wo sie gar nicht oder nur mit der äußersten Mühe mit der Außenwelt verkehren können. Menschenopfer sind bisher wenig zu beklagen, aber der materielle Schaden ist unübersehbar. Die riesigen Metallwerke von Cockail in Serraing und die gewaltigen Zechen in Ougrin und Marihaye stehen unter Wasser. Die Lütticher Zeitungen können nicht mehr erscheinen. Die Bevölkerung ist ohne Licht und Heizung und meist auch ohne Wasser und leidet unter Nahrungsmangel. Die Fluten sind zwar schon zurückgegangen, aber es besteht noch keine Gewißheit, ob das Schlimmste vorbei ist. Eine großzügige Hilfsaktion ist eingeleitet. Arbeitsminister Genosse Wauters beschloß, die Arbeitslosen aus dem staatlichen Fonds zu unterstützen. Soweit bis jetzt zu übersehen ist, wird die Katastrophe dem Staate nahezu 200 Milliarden Franken (Frankenkurs 19 Pfennig) kosten und dadurch die ganze Finanzgebarung des Landes gefährden. Auch die Städte Antwerpen und Gent und zum Teil auch Brüssel sind schwer mitgenommen. Nach den neuesten Gerüchten bessert sich die Lage an der Maas, aber verschlimmert sich an der Schelde.

Auch in Nordfrankreich

hat das Hochwasser katastrophalen Umfang angenommen. In Maubeuge ist die ganze Unterstadt überschwemmt. Die Stadt Caen in der Normandie ist zur Hälfte überflutet. Marinesoldaten sind angefordert worden, um die Bevölkerung auf Booten mit Lebensmitteln zu versorgen. In den Ardennen hat die Marne zahlreiche Ortschaften unter Wasser gesetzt. Viele Fabriken mußten geschlossen werden. Auch die Maas hat weite Gebiete unter Wasser gesetzt.

In Holland

wächst die Gefahr. Die Nachrichten aus dem Ueberschwemmungsgebiet der Maas weisen auf immer größere Ausdehnung des Hochwassergebiets hin. Die Stadt Maastricht wurde von der Außenwelt fast vollkommen abgeschnitten. Die Eisenbahnzüge gingen von dieser Zeit an nicht weiter als bis Sittard. Auch aus dem Ueberschwemmungsgebiet des Waal treffen neue, sehr beunruhigende Meldungen ein.

Zuchthaus Straubing

Die bayrische „Amnestie" / Lindner und Arco

Kurz vor Weihnachten haben sich nunmehr auch bayrischer Landtag und bayrische Regierung entschlossen, ein bayrisches Amnestiegesetz zu schaffen, das die famose Hindenburgamnestie „sinngemäß" auf das Kahrbayern vom Jahre 1923 anwenden soll. Diese „sinngemäße" Anwendung bedeutet nämlich, daß Waffenschiebungen, Bildung verbotener militärischer Verbände, Herunterziehung der Reichsfarben usw., mit einem Wort, daß die rechtsradikalen Exzesse vom Jahre 1923, dem Jahre des geplanten Hitler- und Kahrhochverrats, amnestiert werden sollen und daß die Abwehr solcher faschistischer Putschaktionen von seiten sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter straffällig bleibt. Diese bayrische Scheinamnestie hat nur den Zweck, durch Niederschlagung der gerichtlichen Verfahren und Urteile gegen Rechtsradikale einer weiteren Aufrollung der Putschzusammenhänge vom Herbst 1923 aus dem Wege zu gehen.

Werden so die faschistischen Hochverräter aus Gründen des Selbstschutzes der Bayrischen Volkspartei und der Deutschnationalen vor weiteren Zugriffen einer ohnehin gnädigen Justiz bewahrt, so bleiben die bayrischen Räterepublikaner, die seit 1919 aus irgendeinem boshaften Zufall im Zuchthaus Straubing sitzen, weiter dem Schicksal des Verfaulens und Vermoderns überlassen. Es handelt sich vor allem um den Metzger Alois Lindner, der bekanntlich wegen seines Anschlages auf Auer zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, um mehrere unglückliche Rotgardisten, die heute noch wegen „passiver Beteiligung" — d. h. sie waren lediglich anwesend — am sogenannten Geiselmord hinter Kerkermauern sitzen, nachdem alle aktiv Beteiligten längst niedergeschossen worden sind. Das Unrecht im Falle Lindner ist um so himmelschreiender, als er seiner Zeit vom Volksgericht lediglich wegen versuchten und erschwerten Totschlages verurteilt wurde, im Gegensatz zu dem Grafen Arco, der einen wohlüberlegten Mord an Eisner beging und der heute im Lager der wittelsbachischen Hoch- und Landesverräter aktiv tätig ist und sich vom Münchener Stadtrat Jagdkarten ausstellen läßt. Nichts kennzeichnet die Rechtszustände im weiß-blauen Bayern besser als die Tatsache, daß der wegen Meuchelmordes zum Tode verurteilte und dann zu lebenslänglicher Sanatoriumshaft begnadigte Graf Arco schon seit Jahren frei herumläuft und seine Finger in den Rupprechtischen Putschaffären hat, während der Arbeiter Alois Lindner, der als kindlich ergebener Anhänger Eisners nach dem Meuchelmord des Grafen Arco im Affekt zur Waffe griff, heute noch im Zuchthaus Straubing grausam mißhandelt wird. Diese handgreifliche Verhöhnung der einfachsten Rechtsgrundsätze kann man nicht länger schweigend dulden und wenn die bayrische Regierung nicht hören will, so wird man sie ohn Unterlaß anklagen müssen, bis sie sich ihre Ohren nicht mehr mit Heuchelei-Watte verstopft.

Die bayrischen Justizbehörden haben eine feine Nase, wenn es gilt, nach 6 Jahren noch Leute zu finden, die man wegen irgend eines Deliktes im Zusammenhang mit der Münchener Räterepublik verfolgen und einlochen kann. Sie haben aber 6 Jahre gebraucht, um zu ermitteln, daß in den Maitagen 1919 zwölf sozialdemokratische Arbeiter, deren Familien heute des Ernährers beraubt sind, in Perlich bei München von den Mördern und Banditen des Freikorps Lützow wie die tollen Hunde niedergeknallt worden sind. Ob es wegen dieser schändlichen Tat, die keineswegs vereinzelt ist, wirklich zu einer Verhandlung kommt, bleibt noch abzuwarten. Gänzlich erfolglos sind die Bemühungen der bayrischen Justiz bis jetzt in puncto Fememorde an dem Dienstmädchen Sandmayr, dem Kellner Hartung, dem unabhängigen Abgeordneten Gareis und anderen gewesen. Zwar kennt man genau den Kreis der Fememörder, die für die Morde verantwortlich sind, aber man hat diesen Schlächtern, die ja im Zusammenhang mit Pöhner „gearbeitet" haben, ermöglicht, ihre Spuren zu verwischen. Als im Falle Hartung im Frühjahr 1925 eine Verhandlung durchgeführt wurde, erfolgte Freisprechung, obwohl die Indizien gegen Neunzert, einen Spezl von Rupertus Rex und gegen Bally, einfach erdrückend waren.

Wenn schon ein Fememörder verurteilt wird wie im Falle Zwengauer, der den Studenten Bauer (bekannt durch den geplanten Anschlag auf Scheidemann) auf gemeine Weise ermordete, so sorgen die Organe des bayrischen Strafvollzuges dafür, daß der wegen Mordes zum Tode Verurteilte und dann zu lebenslänglichem Zuchthaus Begnadigte der Justiz wieder entrinnen kann. Dieser Zwengauer kam in dasselbe Zuchthaus Straubing, wo Lindner und die „Geiselmörder" ihre harten Strafen verbüßen. Der Herr Fememörder bekam nie eine Zuchthauszelle zu sehen, er wurde sofort in ein Zimmer im Spital verbracht, wo er unbeschränkte Paket- und Schreiberlaubnis erhielt. Nach ungefähr 7 Monaten Sanatoriumshaft wurde er auf Grund des hausärztlichen Gutachtens in das Bezirkskrankenhaus Straubing überführt. In dem ärztlichen Gutachten wird gesagt, daß die Heilung des Nierenleidens bei Zwengauer durch den deprimierenden Eindruck des Zuchthauslebens nicht fortschreiten könne. Dabei ist seit dem Bestehen des Zuchthauses Straubing (25 Jahre) noch nie eine Operation außerhalb des Zuchthausspitals, das mit allen notwendigen ärztlichen Einrichtungen versehen ist, vorgenommen worden. Es werden im Gegenteil aus sämtlichen bayrischen Zuchthäusern die Gefangenen in das Zuchthausspital Straubing überführt, wenn sie operiert werden oder eine Spezialbehandlung brauchen. Ob an Zwengauer überhaupt eine Operation vorgenommen wurde, steht dahin. Jedenfalls wurde er acht Tage nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus Straubing eines Nachts als „Schwerkranker" mittels Auto von Ehrhardtleuten auf Nimmerwiedersehen „entführt". Von einem Steckbrief oder Haftbefehl hat man nichts weiter gehört.

So werden Fememörder in Bayern „behandelt". Sogar einem Manne wie dem Freiherrn von Leoprechting, der wegen gemeinen Landesverrats zu der allerdings ungeheuerlichen Strafe des lebenslänglichen Zuchthauses verurteilt wurde, werden nach wie vor die gleichen Vergünstigungen gewährt, obwohl er bei einem Fluchtversuch ertappt wurde. Anscheinend wollen die weißblauen bayrischen Strafvollzugsbehörden damit zum Ausdruck bringen, daß Leoprechting, der ja fleißig beichtet „und Buße tut im Sinne von Rupertus Rex, doch aner von insere Lait ist", wenn er auch über die Stränge geschlagen hat. Die Behandlung nach dem Stufensystem, das keine Unterschiede mehr zwischen sogenannten Kriminellen und Politischen kennt, wird davon abhängig gemacht, ob ein Gefangener zum Pfaffen rennt oder nicht.

Auf diese Weise ist es möglich, daß ein gemeiner Verbrecher mehr Vergünstigungen genießt, als ein ehrlicher politischer Gefangener, der in Straubing die Dantesche Hölle erleben kann. Lindner wurde z. B. wegen geringfügiger Verfehlung zu schwerer Einzelhaft mit Sprechverbot diszipliniert. Obwohl nach dem Reichsstrafvollzugsgesetz die Dauer der Einzelhaft nicht mehr als drei Jahre betragen darf, hat Lindner den größten Teil seiner nunmehr sechs Jahre währenden Strafe in Einzelhaft verbringen müssen. Auf eine Beschwerde hin wurde ihm geantwortet, daß dreijährige Einzelhaft mit Sprechverbot nach der Hausordnung fortgesetzt verhängt werden dürfe. Der Zweck dieser Schikanen kann nur der sein, Lindner langsam zu ermorden, ähnlich wie Hagemeister in Niederschönefelde. Aus Anlaß eines Hungerstreiks, in den die politischen Gefangenen zur Abwehr gegen die unerhörten Schikanen eintraten, wurde Lindner am neunten Tage des Hungerstreiks tätlich mißhandelt, als man ihn zum Zwecke künstlicher Ernährung in die Irrenabteilung bringen wollte. Als Lindner gegen einen Verwalter zur tätlichen Abwehr überging, wurde er im Arrest nachts in der Dunkelheit von mehreren fremden, nicht erkennbaren Aufsehern mit Gummiknütteln geschlagen. Da Lindner die Aufseher nicht erkennen konnte, war er auch nicht in der Lage, sich zu beschweren, was ohnehin wenig Aussicht hatte. Lindner macht trotzdem alle Anstrengungen, sich den Anordnungen der Zuchthausverwaltung zu fügen. Man verweigert ihm aber das Recht, sich unmittelbar zum Rapport zu melden, was nach den Bestimmungen der Hausordnung jeder Gefangene darf. Dem Gefangenen Huber, der sich auf eigene Kosten durch den Zahnarzt eine Brücke anfertigen ließ, die aber nicht paßte, wird die Neuanfertigung einer passenden Brücke hartnäckig verweigert, so daß Huber magenleidend wurde. Eine Privatklage gegen den Zahnarzt wurde abgewiesen. Als sich Huber darüber beschwerte, daß er trotz guter Führung nach sechs Jahren Haft nicht in Stufe zwei komme, antwortete ihm der Direktor, daß er gegen den Zahnarzt „Obstruktion" treibe. Dem Gefangenen Greiner, der vom Kriege her an Epilepsie leidet, wurde kürzlich in brutaler Weise die Bitte abgeschlagen, sich zu Weihnachten von seiner Mutter ein Paket schicken zu lassen.

Die Klassenjustiz findet ihren Ausdruck nicht nur in der Urteilsfindung, sondern vor allem in der Art des Strafvollzugs, was wir durch obige Einzelheiten beweisen wollten. Es ist daher notwendig diesen Vorgängen die peinlichste Aufmerksamkeit zu schenken und auf die Abschaffung jenes gemeinen, heuchlerisch-christlichen Stufensystems hinzuwirken, das keine Unterschiede zwischen politischen und kriminellen Gefangenen macht, dadurch die „renitenten" politischen Gefangenen, die vom Pfaffen nichts wissen wollen, um den Genuß verschiedener Vergünstigungen, wie das Halten eigener Bücher und Zeitungen, Schreiberlaubnis, auch an andere Personen wie Verwandte, und Paketerlaubnis, bringt.

A. W.

Auf der Gasse . . .

Durch dumpfe Tage schleicht die blasse Not.
Das Mädel wimmert, leise schluchzt der Bube.
Der Vater ist seit achtzehn Monden tot,
Den Bergmann mordete das Gas der Grube.
Ist dies noch Leben? Keinen Bissen Brot,
Die Wände kahl in ungewärmter Stube!
Und auf der Gasse bettelnd muß ich stehen.
Wenn ich die Reichen frage: Jeder stößt
Das Elend fort und mag das Leid nicht sehen.
Wann kommt der Tag, der endlich uns erlöst?

Parteitag der polnischen Sozialdemokratie

SPD. Warschau, 31. Dezember.

Im Rathaus der polnischen Hauptstadt trat Silvester der 20. Parteitag der Sozialistischen Partei Polens (PPS.) zusammen. Die Erwähnung des Vorsitzenden, daß für die deutsche Sozialdemokratie der Genosse Wels erschienen ist, wird mit stürmischem Beifall aufgenommen. Wels kommt nach der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden sofort zu Wort. Er überbringt die Grüße der Sozialistischen Arbeiterinternationale und der deutschen Sozialdemokratie. Er erinnert an die herzlichen Worte und die brüderliche Aufnahme des polnischen Genossen Dr. Diamant auf dem Parteitag in Heidelberg und hebt dann das gemeinsame Interesse aller Völker Europas an einer Wirtschaftsgemeinschaft hervor. Dann sagt er u. a., daß die psychischen Mauern, die zwischen den Deutschen und Polen noch bestehen, von den sozialistischen Parteien niedergerissen werden müssen. Otto Wels betont, daß die Sozialisten aus vollem Herzen international sind, weil sie vor allem ihr eigenes Volk lieben und weil er sein deutsches Volk liebe, darum könne er auch andere Völker verstehen. Er schloß mit einem Hoch auf die Internationale. Es folgten weitere Ansprachen von Dr. Soukup-Prag, eines Vertreters der Sozialdemokratie in der tschechoslowakischen Provinz Karpato-Rußland, des Genossen Dan von der russischen Sozialdemokratie, Victor Tschernoff von den Sozialrevolutionären und von Gegetschkoris im Namen der georgischen Genossen, wobei der Kongreß in stürmische Ovationen für die Märtyrer der sozialistischen Sache im Kaukasus ausbrach. Dann sprach Abg. Genosse Kronig aus Lodz für die deutschen Sozialdemokraten Polens, Genosse Mau für die Sozialdemokratische Partei Danzigs, wobei er hervorhob, daß die Beziehungen Danzigs zu Polen sich seit dem Eintritt unserer polnischen Genossen in die Warschauer Regierung bedeutend gebessert haben. Schließlich sprach noch ein Vertreter der polnischen Genossen in der Tschechoslowakei, der über die Tschechisierungspolitik Klage erhob, sowie Vertreter der jüdisch-sozialistischen Parteien, der sozialistischen Akademiker und Jugendlichen.

Am Nachmittag erstattete Abg. Genosse Perl, der Chefredakteur des Warschauer sozialistischen Zentralorgans „Robotnik" den Bericht der Parteileitung, worauf Abg. Gen. Barlitzki den Fraktionsbericht gab. Beide Redner sprachen u. a. gegen das Verlangen einer linken Parteigruppe, daß bei der Nichterfüllung gewisser Forderungen die Partei aus der Regierung wieder austreten solle. Genosse Perl gebrauchte dabei das Wort, daß man mit einer Revolution auch nicht die geschlossenen Fabriken wieder öffne. Er unterließ aber nicht, auch gewisse Fehler führender Parteigenossen zuzugeben. Schließlich sprach Genosse Zulowski, der Führer der polnischen Gewerkschaften über die Wirtschaftslage. Abends veranstaltete die Warschauer Parteiorganisation im Parlamentsgebäude ein Silvesterbankett zu Ehren des Kongresses.

Der Krieg um den Wald

Eine Historie von Moritz Hartmann

(38. Fortsetzung)

Die Duschniker liefen hinaus, um zu sehen, was das zu bedeuten habe und sammelten sich in Gruppen, meist Kinder, Weiber, Greise, an der Litawka und staunten die ungewohnte Erscheinung an, die ihnen ein Wunder deuchte. — „Gewiß, die Obtschover bereiten was vor!" — Sie schickten einen aus ihrer Mitte in den Wald, um behutsam die Ursache dieser Erscheinung zu erforschen. Aber der Bote war noch lange nicht zurück und die Duschniker hatten schon mit Schrecken erkannt, was es war. Die Rauchsäule wurde immer heller und endlich sah sie mit der darüber hängenden breiten Wolke wie ein Riesenbaum aus, ein Riesenbaum mit schwarzem Laubdache und feuerrotem Stamme.

Noch wagte man es nicht zu glauben, aber der rückkehrende Bote bestätigte es mit Grausen und fügte noch hinzu, daß es Liduschka war, die ihn angezündet. Lachend lief sie im Walde umher und verbreitete mit einem brennenden Zweige in der Hand die Brunst, indem sie die trockenen Gräser, Moose, Gebüsche anzündete. Der Bote setzte ihr nach, aber es war umsonst, da sie überall zwischen ihm und sich schnell eine Flammenwand schob. — Die Duschniker waren entsetzt — Wehgeschrei der Weiber und Kinder erfüllte die Luft. Was sollte man tun? — Abgraben? Der Wald war schon von Natur durch eine Schlucht auf der einen, durch Sumpfwiesen und Teiche auf der andern Seite von anderen Wäldern getrennt. Auch würden die Kräfte nicht ausreichen, wenn man es auf einem kleinen Umkreise, nur um die Homola zu retten, versuchen wollte. Die Männer sind ja fast alle fort, dank dem verfluchten Peter Buresch, und das Feuer greift in dieser trockenen Zeit so furchtbar schnell um sich!

Ja, es griff furchtbar schnell um sich.

Schon hat sich die Rauchsäule in eine Flammensäule verwandelt, die hoch emporspringt über den ganzen Wald und wie eine ungeheure Fackel die ganze Gegend bis auf die fernsten Berge taghell beleuchtet. Man sieht durch die Baumgänge tief hinein bis in den Schoß des Waldes — Sträucher, Moose, Farnkräuter, Quellen, Bächlein, Steine, alle blutrot gefärbt, sind genau zu erkennen — die dunkle Masse der Bäume scheidet sich — man könnte sie fast zählen.

Noch sieht es so ruhig aus in den vorderen Waldreihen, doch prasselt und kracht es weiter in der Tiefe wie tausend Schüsse, und brennende Zweige fliegen flammend auf, hoch in die Luft, um in einem weiten Halbkreise wieder herabzusinken und die Verheerung weiter zu tragen. — Schon zischt die Litawka und raucht an einer Stelle, denn der Bach, der ihr aus dem Walde zuströmt, kocht und siedet. Bald wird er zu kochen und zu sieden aufhören, denn er versiegt. Jetzt durch die Baumgänge bis an die äußersten Enden des Waldes, bis an den staubigen Weg, der sich dort am Rande hinzieht, kommen, wie Millionen Schlangen, zischend, züngelnd, eine der andern den Weg verrennend, eine in der andern verschmelzend, die Flammen aus der Tiefe. Schnell laufen sie auf den von der Sommerhitze ausgetrockneten Moosen, Sträuchern und Gräsern und steigen klar und rauchlos auf, bis sie die Zweige der Fichten und Tannen ergreifen, wo sie im dunklen, feuchten Qualm verschwinden, um dann wieder über der Höhe des Waldes siegreich und gewaltig in breiten Zungen durchzubrechen.

Da erhebt sich mit klagendem Geschrei über die Rauchwolke eine andere schwarze, wildfliegende Wolke. Es sind die Vögel des Waldes, die in dichtgedrängten Massen fliehen. Viele sinken mit verbrannten Flügeln oder erstickt zurück in die Flammen.

Und wie oben in der Luft beginnt unten auf der Erde die Flucht der erschrockenen Waldbewohner. In rasender Eile kommen sie heran, mitten durch die Flammen, Bäume und Sträucher niederrennend: das Kaninchen mit tanzenden, der Hase mit großen ängstlichen Sprüngen, der Hirsch mit auf dem Rücken zurückgelegtem Geweih, das Reh mit weitvorgestrecktem Hals und Kopf, der Marder und Iltis mitten unter ihnen. Auch der wilde Eber kommt schnaubend heran — das Moos auf seinem Rücken brennt und er wirft sich grunzend in die Wellen des Baches, um es zu löschen. Alle eilen sie schwimmend, von Stein zu Stein springend ans jenseitige Ufer der Litawka, wo sie laut aufatmend liegen bleiben und unverwandt zurückstarren nach ihrer flammenden Wohnung. Ganz nahe von den Menschen, ja in ihrer Mitte bleiben sie gelagert. Sie fürchten sie nicht mehr; sie haben größeren Schrecken kennen gelernt.

Die Hitze wird fürchterlich, nicht zu ertragen. Alles flieht ins Dorf zurück, um hinter Mauern eine Zuflucht zu finden, oder mit Wassergefäßen in der Hand die Dächer zu bespritzen, die sich von der Hitze und den herüberfliegenden Bränden leicht entzünden können. Aber ein Schrei des Schreckens hält die Fliehenden auf — er kam von Pepik Picard. Sie blicken noch einmal zurück nach dem Walde und siehe! mitten durch die Flammen wandelt, einen brennenden Zweig in der Hand, die wahnsinnige Liduschka. Schon brennen ihre Kleider und Haare. Sie scheint aus den Flammen heraus zu wollen, aber sich plötzlich wieder zu besinnen. Sie bleibt nachdenklich stehen — dann mit einem Male wendet sie sich und eilt mit großen Schritten zurück in das Feuermeer, das hinter ihr zusammenschlägt.

„Liduschka!" schreien die Weiber wie aus einem Munde, als ob sie sie zurückrufen wollten; da sie aber nicht kommt, brechen sie in Weinen aus und kehren sie weinend zurück.

„Seht!" sagte die eine, „das haben wir vom Krieg um den Wald."

„Um den Wald? — wo ist jetzt der Wald?" fragte eine zweite, „Bettler sind wir für ewige Zeiten!"

„Das haben wir vom Krieg," wiederholte die erste, „Liduschka hat er wahnsinnig gemacht, wir sind Bettler, unsere Männer ziehen in der Ferne umher, um sich für Peter Buresch totschlagen zu lassen."

„Nichts vom Krieg, wir wollen nichts vom Kriege wissen," riefen sie einstimmig wütend, „fort mit dem Kriege!"

Da aber keine anderen sichtbaren Zeichen des Krieges in Duschnik vorhanden waren als die wenigen bewaffneten Männer, die Peter Buresch zurückgelassen hat und der gefangene Zdenko Mika, fallen sie erst über die Männer her, die sich nur wenig verteidigen, entreißen ihnen ihre Büchsen und zerschlagen sie fluchend an den Steinen, daß Hähne und Schäfte weit davon fliegen. Dann dringen sie in den Schüttboden und öffnen die Gefängnistüre Zdenkos.

„Geh fort, guter Zdenko, wohin du willst, du guter Bruder unserer armen Liduschka — wir wollen nichts mehr wissen vom Kriege, du bist frei!"

Die Weiber regierten während des Waldbrandes in Duschnik, und der Alte vom Hammer, der Vater Peter Bureschs, wagte es nicht, in diesem Augenblicke die gestürzte Macht seines Sohnes wieder herzustellen oder sich der Befreiung Zdenkos zu widersetzen. Er hielt es für gut, sich stille zurückzuziehen und seinem Sohne nachzuwandern, der jetzt im Schlosse zu Horschowitz saß, und ihn von dem was vorging und vom Waldbrande zu unterrichten.

Das tat nicht not. Der Waldbrand kündigte sich selbst im halben Lande genug laut und leuchtend an.

Nach zwei Tagen, als der Wald schon in Asche und Kohle lag und nur einzelne Bäume noch ihre schwarzen Arme gen Himmel streckten, wo einst Leben, Blühen und Duften war, kamen die Duschniker, die fortgezogen waren, einzeln und in Scharen von allen Seiten zurück, um zu fragen und zu sehen. Denen Peter Buresch keinen Urlaub geben wollte, die stahlen sich heimlich und in der Nacht davon — einzelne traten mit offener Widersetzlichkeit auf und wurden von den andern unterstützt.

(Fortsetzung folgt.)

Prima Schweinefleisch per Pfd. 50 Pfg.

frisch. Gehacktes 50 ₰	frische Herzen . 45 ₰
frisches Gulasch 50 ₰	zarte Leber . . 100 ₰
frische Backen . 40 ₰	fr. Schwarzsauer 15 ₰

Carl Lahrtz, feine Fleisch- und Wurstwaren (83
Böttcherstraße 16 Fernsprecher 1874.

Maxim Gorkis
neuester Roman:

Der Sohn der Nonne

erschien soeben
im
„Bücherkreis"

Auskunft und Mitgliedsanmeldungen (1 Mark Monatsbeitrag), bei der Zahlstelle „Der Bücherkreis"

Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Zigaretten
Zigarren
C. Wittfoot
ob. Hüxstr. 18.

Das Fahrrad
sein Bau, seine Instandhaltung u. Reparaturen

Von Oberingenieur G. A. Krumm u. R. Burger

Mit 110 Abbildungen u. einigen Tabellen

Preis 1.40 RM.

Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46.

Ulster Paletots
gut und preiswert (80
EG.-Bekleidungswerkstätten
Engelsgrube Nr. 44

Kranken- u. Sterbekasse gewerbl. Arbeiter Lübeck

General-Versammlung
am Montag, 1. Febr.
abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:
1. Jahresabrechnung von 1925,
2. Wahlen nach § 17,
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Nach der Versammlung **Abrechnung der Frauensterbekasse.**

74) **Der Vorstand**

Biochemischer Verein
Bad Schwartau

General-Versammlung
am Dienstag, 5. Febr.
abends 8 Uhr
bei Herrn Loos.

Tagesordnung:
1. **Vortrag** des Herrn Lehrer Schimmelmann
2. Vorstandswahl
3. Kassenbericht
4. Verschiedenes.

75) **Der Vorstand**

Touristenverein „Die Naturfreunde"

Generalversammlung
am Mittwoch, 13. 1. 26
abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung
1. Jahres- und Kassenbericht.
2. Wahl des Vorstandes.
3. Gaukonferenz.
4. Verschiedenes.

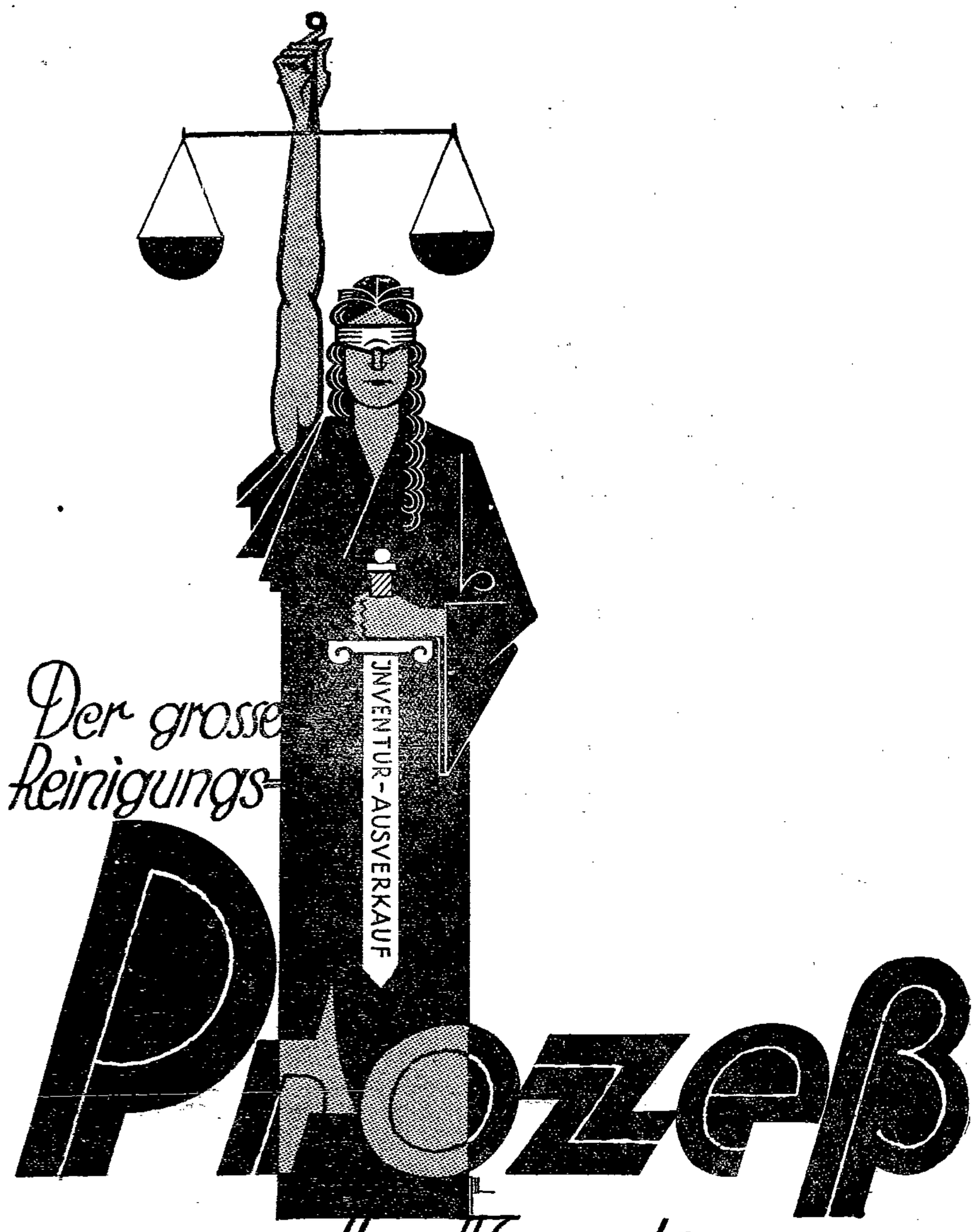
Anträge für die Generalversammlung u. Gaukonferenz sind bis zum 10. 1. 26 beim Vorsitzenden einzureichen.

Am Sonntag, 10. 1. 26 Besichtigung des Erziehungsheims Bonnert Treffen 4 Uhr Ecke Vorwerker Str. u. Schwartauer Allee. 69

Der Vorstand

Stadttheater Lübeck

Dienstag 8 Uhr
Carmen
Ende 11.15 Uhr.
Mittwoch 7 Uhr
Othello (79
Donnerstag 8 Uhr
Gräfin Mariza
Freitag 7.30 Uhr
Lohengrin.
Sonnabend 8 Uhr
Er und seine Schwester.
(Deutsche Bühne.)



Der grosse Reinigungs-
Prozeß
aller Warenläger der Karstadt-A.G. findet in der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit vom 7.–20. Januar statt.

Taschenbuch der Arbeit 1926
Ein Jahrbuch
unentbehrlich für jeden Arbeiter und Funktionär

Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Uhren-Reparaturen
billig 1 Jahr Garantie
Hermann Voß, Uhrmacher,
36 Fleischhauerstraße 36 60

Restaurant Marienburg
Inh. Otto Engels
Ab Dienstag, d. 5. Januar:
Ausschank des ganz vorzüglichen **Hansabock**
Sonnabend und Sonntag: (76
Großes Bockbierfest

Zentral-Hallen! Morgen Dienstag: **Groß. Tanzkränzchen**
Eintritt frei! (80

Theater-Klause
Erstes Bier-, Wein- und Café-Lokal
Vielbegehrter Mittagstisch (59
im Abonnement bedeut. billiger

Drogen, Farben, Parfümerien

Drogerie Otto Prösch
Mühlenstraße 29, Fernsprecher 19 71

Bohnerwachs, Fußbodenöl

Maschinenstrickerei
A. BOCK
Inh.: A. Bock u. Albert Gesse
Lübeck Angerstraße 36
Anfertigung von
Strickjacken nach Maß
Sorgfältige Ausführung - Billige Preise

Moderne Bildnisse, reizende Kinderaufnahmen, Vereins- und Familien-Gruppenbilder empfiehlt:
Photographisches Atelier Schaletzky
Lübeck, Marlistr. 60, Tel. 8268
Endstation der Linien 3 und 11
(Fahrgeld wird vergütet)
Für Amateuraufnahmen Material vorhanden

Alexander KROCK

KÖNIGSTR. 47
Lederwaren / Koffer
Geschenkartikel

Lübecker Volksbote

Beilage — Montag, 4. Januar 1926 — Nummer 2

Freistaat Lübeck

Montag, 4. Januar.

Amtliche Vornamen

Im Verlag des Reichsbundes der Standesbeamten Deutschlands ist das „Familien-Stammbuch" erschienen, das jedes neuvermählte Paar von Staats wegen nach der vollzogenen Trauung in die Hände gelegt bekommt. Dieses Buch enthält einen Anhang, der Anregungen für die Benennung der Nachkommenschaft gibt.

Als männliche Vornamen werden unter anderen vorgeschlagen: Adelbald, Adelward, Altfried, Ansgar, Ansulf, Atto, Bilfried, Bolko, Bonifatius, Brandolf, Bringfried, Burkward, Busso, Dietbald, Diethelm, Edbert, Edelwalt, Ehrenbert, Ertfried, Etzel, Falko, Folkward, Folko, Frowien, Glaubrecht, Gottbert, Grimfried, Heddo, Hunolf, Ingomar, Landolf, Landolin, Libwin, Ludger, Meinfried, Mutfried, Notbald, Nothelm, Ratfried, Rembert, Roger, Sasso, Sigo, Starkfried, Tethelm, Volkbert, Volko, Willebert.

Wiederum stehen, außer wenigen vernünftigen, landläufigen Vornamen, für die neugeborenen Töchter diese Namen zur Auswahl:

Adelgard, Balthilde, Bernfriede, Brungard, Burglind, Dörte, Egiltrud, Eginhild, Erdmute, Hadmunde, Helmtrud, Liebgard, Lamberta, Mutwine, Nortraut, Polda, Richtrud, Stanze, Theodrinde, Truthinde, Waldtrud, Wiltraud.

Wie wird uns, wenn wir das lesen? Es wird uns, als hörten wir einen ganzen Chor von hunderttausend völkischbewußten Ariern ihre Personalien herbeten. Reichliche fünfzig Prozent aller vorgeschlagenen Vornamen sind allgemeines Sprachvereins-Deutsch mit jenem penetranten Geruch affiger Teutschtümelei. Ich kann mir da nicht helfen, aber bei einem Jungen, den man Glaubrecht, Bonifatius, Edelwald beheißt, darf man sich nachher nicht wundern, wenn er später einmal in einer Femeorganisation mit der Kasse durchbrennt und eine Waltrud Stanze Eginhild ist zur Einmieterdiebin geradezu prädestiniert.

—u—

Schulwanderungen

Schulwanderungen sind jetzt bereits eine Selbstverständlichkeit für jede Schule, wenigstens soweit es sich um halb- und ganztägige Ausflüge handelt. Im Elternhause ist allerdings die Erkenntnis noch nicht überall durchgedrungen, daß diese Wanderungen etwas mehr als Erholungsausflüge sind. Sonst würden nämlich nicht so oft Eltern ihre Kinder von diesen Veranstaltungen beurlauben lassen.

Um es kurz zu sagen. Alle Ausflüge dienen dem Unterricht. Sie sind oft wertvoller als ein paar Lehrstunden in der Klasse. Draußen kommen die Schüler mit den Dingen selbst in Fühlung. Heute gibt der Lehrer eine Erdkunde-, eine Heimatkunde- oder eine Naturgeschichtsstunde häufig draußen. Die Kinder sehen die Dinge nicht nur selbst, sie erleben sie auch. Und das ist das Wichtigste. Von dem Buchwissen, das sicher nicht entbehrt werden kann, geht vieles in kurzer Zeit wieder verloren. Das Erlebte sitzt besser. Es regt auch mehr zum eigenen Beobachten und Forschen an. Die Selbständigkeit der Schüler wird gefördert. Der Unterricht im Freien wird sicher noch zunehmen.

In Lübeck wird es heute wohl keine Schule mehr geben, die auf diese wichtige Seite des Unterrichts verzichtet, zumal unsere Oberschulbehörde einen ganztägigen Ausflug allmonatlich zur Pflicht gemacht hat.

Mehr und mehr werden hoffentlich auch alle Elternkreise die Notwendigkeit dieser Maßnahme einsehen und die Schule bei der Durchführung unterstützen. Bei einigem guten Willen der Eltern und Lehrer lassen sich auch in der Volksschule sehr gut mehrtägige Ausflüge in den Oberklassen durchführen. Es muß nur mit dem Sparen rechtzeitig angefangen und ein Teil der Mittel durch Veranstaltungen der Schule gesammelt werden, durch Elternabende, bei denen die Kinder die Darbietenden sind.

Eine dreitägige Schulreise wird nicht teuer, wenn man sich einzurichten weiß. Ich gebrauchte für eine Wanderung nach Wismar im letzten Jahre einschließlich der Fahrgelder, zwei ausreichende Mittagessen, zweimaliges Uebernachten, fünfmal Kaffee, zweimal anderes Getränk für jedes Kind die große Summe von 2,91 *M*.

Auf einen Uebelstand möchte ich aber bei dieser Gelegenheit hinweisen. Mit Bedauern habe ich von der Verteuerung der Schülerfahrscheine Kenntnis genommen. Wenn es sich für den allgemeinen Verkehr nicht umgehen läßt, ist das bedauerlich. Warum nimmt man aber die Klassenfahrten nicht aus? Es ist an sich schon unangenehm, wenn Lehrausflüge mit Kosten verbunden sind. Bei den weiten Strecken ist aber die Benutzung der Straßenbahn oft nicht zu umgehen. Da müssen die Eltern 15 Pfennige opfern. Das ist, wenn mehrere Kinder da sind, oft nicht leicht und trägt sicher nicht dazu bei, die Ausflüge zu Hause beliebt zu machen.

Noch schlimmer ist es bei der Benutzung der Autobusse. Da ist die Betriebsbehörde so entgegenkommend, daß sie nicht einen Pfennig Ermäßigung — auch nicht bei vorhergehender Anmeldung! — gibt. Die Schulen sollen demnach von den modernen Verkehrsmitteln ausgeschlossen sein. Meines Erachtens ist das wohl eine sehr kurzsichtige Verkehrspolitik. Gerade unsere Jugend muß Gelegenheit haben, auch einmal unsere ferngelegenen Enklaven wie Russe u. a. kennen zu lernen. Das ist heute ohne Benutzung der Autobusse nicht möglich.

Es ist wohl nicht zuviel verlangt, wenn hier die Bitte ausgesprochen wird, 1. bei der Straßenbahn die Schülerfahrscheine an die Schulen für den alten Preis abzugeben. Technisch dürfte das keine Schwierigkeiten machen. Die betreffenden Fahrscheinbündel könnten eine besondere Durchlochung erhalten und würden nur an Schulen auf besonderen Antrag abgegeben; 2. bei der Benutzung der Autobusse müßte den Klassen dieselbe Vergünstigung gewährt werden, wie den Kindern unter 10 Jahren.

Die Betriebsbehörde würde sich durch eine dementsprechende Maßnahme sicher den Dank der Eltern- und Lehrerschaft verdienen. Größer ist aber das Verdienst, das sie sich um die Förderung unserer Schulwanderungen erwerben würde. Die dadurch ausfallenden Mittel sind nicht groß, aber sie kommen einer wertvollen Sache zugute. Und das sollte eine günstige Entscheidung herbeiführen.

Ernst Schermer.

Zeppelin-Eckener-Sammlung eingestellt

Die Zeppelin-Eckener-Spende wird nach einer Mitteilung von Dr. Eckener vorläufig eingestellt. Die Ursache zu diesem Schritt wird mit den wirtschaftlichen Verhältnissen erklärt, die in der Tat der Opferwilligkeit der deutschen Bevölkerung starke Grenzen setzen. Mit dem bis jetzt eingegangenen Betrag von 1½ Millionen soll der Bau eines neuen Zeppelins in Friedrichshafen begonnen werden. — Die Spende sollte 4 Millionen Mark einbringen.

Neuregelung der Wochenhilfe?

Eine der wertvollsten Errungenschaften des Krieges ist die Fürsorge für Mutter und Kind, wie sie in der Gestalt der Wochenhilfe in der Reichsversicherungsordnung vorgesehen ist. So segensreich diese Vorschriften auch wirken mögen, — das darf man nicht verkennen, daß sie unzulänglich sind. Sozialpolitisch interessierte Kreise sahen deshalb mit Spannung einem Gesetzentwurf entgegen, der die Wochenhilfe neu regeln sollte, und den die Regierung vor etwa ½ Jahr herausbrachte. Sie wurden bitter enttäuscht, statt Verbesserungen brachte der Entwurf fast nur Verschlechterungen. Selten ist deshalb so einmütig ohne Unterschied der Partei ein Gesetzentwurf abfällig beurteilt worden. Die Proteste scheinen doch gewisse Erfolge gehabt zu haben, die Regierung hat den Entwurf nicht weiter verteidigt und ist jetzt mit einem neuen Entwurf herausgekommen. Leider enthält aber auch dieser Entwurf nicht das, was man verlangen kann und muß. An den bisherigen Leistungen soll nicht das geringste geändert werden, von einer Erhöhung der Sätze und Anpassung an die Teuerung ist überhaupt nicht die Rede. Neu ist lediglich, daß die Zahlung des Stillgeldes von der regelmäßigen Inanspruchnahme einer Mutterberatungs- und Säuglingsfürsorgestelle abhängig gemacht werden kann. Das ist zweckmäßig, bringt aber die Hauptfrage der Lösung keinen Schritt näher. Andererseits will sich aber das Reich von den Lasten der Wochenhilfe vollständig befreien, die Reichszuschüsse, die bisher etwa zehn Millionen Mark ausmachten, sollen in Zukunft fortfallen. Das heißt denn doch, Bevölkerungspolitik mit falschen Mitteln betreiben. Es muß wieder einmal eindeutig festgestellt werden, daß Bevölkerungspolitik eine Angelegenheit und zwar eine der wichtigsten des Reiches ist, und es zeugt von einer vollständigen Verkennung der Tatsachen, wenn man diese Aufgabe allein den Krankenkassen zuschieben will. Gewiß haben die Krankenkassen ein gewichtiges Interesse an einem gesunden Nachwuchs. Aber mindestens das gleiche Interesse haben doch auch Staat und Reich, und es ist deshalb nur billig, wenn sie auch durch finanzielle Opfer beweisen, wie weit ihr Interesse geht. Hoffentlich sieht das auch der Reichstag ein. Im Reichsrat ist schon beschlossen worden, den Reichszuschuß beizubehalten. Pflicht des Reichstags ist es, sich diesem Beschluß anzuschließen.

— —

Erfolge der Lübecker Geflügelzüchter. Mitglieder des Vereins zur Förderung der Geflügelzucht. Die Zeit der Ausstellungen nähert sich ihrem Ende. Auf welcher Höhe die Rasse- und Nutzgeflügelzucht auch in Lübeck steht, beweisen die Erfolge Lübecker Züchter. Auf den auswärtigen Ausstellungen in Hannover, Hamburg, Wismar, Wandsbek usw. errangen u. a. die Herren Böckenhauer, Blume, Ostermeyer, Rogmann, Tietz, W. Welcher, Wichmann Erste und Ehrenpreise. Die Anmeldungen für Hühner und Großgeflügel, sowie Tauben sind in sehr großer Zahl erfolgt, somit bietet die am 9. und 10. Jan. hier stattfindende Geflügelausstellung Gelegenheit, außer dem bereits auswärts gezeigten Material weitere erstklassige Tiere zu besichtigen, der Besuch kann also jedem Geflügelinteressenten bestens empfohlen werden. Näheres siehe gestriges Inserat.

Weihnachtsfeier des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Lübeck. Durch das Entgegenkommen verschiedener Kameraden, insbesondere des Kameraden Behnke, Schwönekenquerstraße 16, konnte den Kindern des Reichsbundes noch nachträglich eine schöne Weihnachtsfreude bereitet werden. Es waren etwa 150 Kinder von Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, erschienen, darunter auch Vollwaisen. Es wurde Kaffee gespendet und den Kindern reichlich Kuchen geboten, der liebenswürdigerweise vom **Konsumverein für Lübeck und Umgegend** gratis bereitgestellt war. Der Weihnachtsmann brachte den kleineren Kindern kleine Spielzeugspenden, den größeren kleine Gebrauchsgegenstände. Die kleine schlichte Feier zeigte so recht, wie sehr eine kleine Freude den Geist der Organisation stärken kann.

Die Lübecker Erwerbslosenfürsorge

(Aus dem Bericht der Arbeitsbehörde)

Wir brachten am Sonnabend den Senatsantrag über die nachträgliche Bewilligung von 60 000 Mark für Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner, sowie die weitere Forderung von 300 000 Mark zur Durchführung der Arbeitsfürsorge auf die Dauer von drei Monaten. Dem Senatsantrag ist ein umfangreicher Bericht über die Erwerbslosenfürsorge beigefügt. Es wird auf die steigende Arbeitslosigkeit im Reiche verwiesen, mit der diejenige in Lübeck konform ging. Betrug hier die Zahl der Arbeitslosen um die Jahreswende 1923/24 7700, so ging diese Zahl bis Juli 1925 auf 1100 zurück, um dann Anfang Oktober auf 1592, November 2114, Dezember 3321 zu steigen. Zurzeit melden sich täglich annähernd 4000 Arbeitslose beim Oeffentlichen Arbeitsnachweis (am 18. Dezember 1925 3520 Männer, 315 Frauen).

Die wachsende Arbeitslosenziffer steigert die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Arbeitslosigkeit erheblich, erschwert auch das Los der einzelnen Arbeitslosen, die bei günstiger Lage des Arbeitsmarktes leichter als heute mit der Möglichkeit kleiner Gelegenheitsarbeiten, vor allem auch mit einer wesentlich kürzeren durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit rechnen können als heute. Die jüngst erfolgte Erhöhung der Höchstsätze der Erwerbslosenfürsorge um durchschnittlich 15,6 Prozent ist zu begrüßen, bedeutet aber eine ausreichende Lösung des Erwerbslosenproblems für sich allein in keiner Weise. Aufgabe der öffentlichen Verwaltung ist es, auf dem Boden des geltenden Rechts nach der wirtschaftlichen und nach der sozialen Seite eine befriedigendere Lösung des Arbeitslosenproblems herbeizuführen.

In Lübeck ist dieser Aufgabe von der öffentlichen Verwaltung seit jeher besonderes Augenmerk zugewendet worden. Die früher nicht unerhebliche Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte für Lübecks Industrie und Landwirtschaft kann erfreulicherweise fast ganz vermieden werden. Der nicht unumgänglich notwendigen Heranziehung auswärtiger deutscher Arbeitskräfte sucht der Arbeitsnachweis im Interesse einer möglichsten Entlastung des Lübecker Arbeitsmarktes auf alle Weise entgegenzuwirken, wenn auch eine gesetzliche Handhabe hierfür nicht gegeben ist. Im Einzelfalle wird dort, wo die Aussicht auf baldige Erlangung einer Arbeitsstelle durch Berufsumschulung erhöht wird, eine solche berufliche Umstellung im Zusammenwirken mit der Berufsberatung aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge, im Bedarfsfalle auch aus den Mitteln der Wohlfahrtspflege, gefördert; auch wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, bei der Beschaffung der Arbeitsausrüstung durch Geldbeiträge mitzuwirken, wo das Erforderliche ohne eine solche Beihilfe nicht beschafft werden kann und die Arbeitsvermittlung hieran zu scheitern droht.

Ebenso finden die vom Gesetz gebotenen Möglichkeiten der Beschaffung und Erhaltung von Arbeitsgelegenheit erschöpfende Anwendung. Die Lübecker Schwerkriegsbeschädigten (etwa 650) sind, bis auf die kleine Zahl der völlig Arbeitsunfähigen, fast ausnahmslos in Beschäftigung. Jetzt ist die Zahl der arbeitslosen Schwerbeschädigten größer, ihre Unterbringung auf dem freien Arbeitsmarkt naturgemäß schwieriger. Die Schwerunfallverletzten sind gleichfalls dem Schutze des Schwerbeschädigtengesetzes unterstellt; sie werden fast ausnahmslos von ihren Betrieben nach Abschluß der Heilbehandlung wieder eingestellt. Für die sonstigen Schwererwerbsbeschränkten wird freilich in noch weiterem Umfange als bisher eine Unterbringung im freien Wirtschaftsleben versucht werden müssen.

Ueber diese Maßnahmen hinaus sind die Arbeitsbehörde und das Wohlfahrtsamt bestrebt, in Zeiten großer Arbeitslosigkeit die Erteilung von Aufträgen anzuregen und zu fördern und dadurch auf Belebung des Arbeitsmarktes hinzuwirken. In Frage kommt dies beispielsweise im Baugewerbe für die Vornahme der Innenreparaturen. Von wesentlicher Bedeutung ist in dieser Beziehung auch die jüngst von der Finanzbehörde beschlossene Bereitstellung eines Betrages von 400 000 Reichsmark aus den zur Förderung des Wohnungsbaues im Jahre 1926 bestimmten Mitteln. Auch die Darlehnskasse des Wohlfahrtsamtes stellt, zumal nach Verstärkung ihrer Mittel durch ein von der Kreditgesellschaft gemeinnütziger Selbsthilfeorganisationen gewährtes Produktivdarlehn, bei der Verwendung ihrer Mittel die produktiven Gesichtspunkte in den Vordergrund und nimmt auf die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit besonders Bedacht. Von ungleich größerer Bedeutung sind in dieser Beziehung allerdings die Maßnahmen, die unter dem Gesichtspunkt der Belebung des Arbeitsmarktes von der Lübecker Kreditanstalt und von der Finanzbehörde getroffen werden.

Diese Maßnahmen haben wesentlich dazu beigetragen, daß die Arbeitsmarktlage in Lübeck lange Zeit hindurch wesentlich günstiger war, als in zahlreichen anderen mit Lübeck vergleichbaren Plätzen. Wenn in letzter Zeit die Ungunst der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse auch auf dem Lübecker Arbeitsmarkt vollen Ausdruck findet, so sind doch auch heute noch manche anderen Städte, zumal die nordwestdeutschen Hafenstädte, noch ungünstiger gestellt als Lübeck.

Eine wirksame Gestaltung der Erwerbslosenfürsorge durch eine die Reichssätze überschreitende Erhöhung der Unterstützungssätze oder durch allgemeine Zuwendungen an die Erwerbslosen aus Mitteln der Wohlfahrtspflege ist nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen nicht statthaft. Der Reichsarbeitsminister erkennt lediglich das Recht der Gemeinden an, außerhalb der Erwerbslosenfürsorge für ihre Minderbemittelten zu sorgen und im Rahmen dieser Fürsorge nach individueller Prüfung der Verhältnisse auch einzelnen besonders bedürftigen Erwerbslosen zu helfen, wie es in Lübeck von jeher geschieht.

Ist somit eine allgemeine Besserstellung der Erwerbslosen im Wege der Unterstützung nicht statthaft, so bietet das von der Reichsgesetzgebung neben der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge vorgesehene System der Pflichtarbeiten und der produktiven Erwerbslosenfürsorge die Möglichkeit, einmal überhaupt das Problem der Erwerbslosenfürsorge in würdigerer, wirtschaftlich und sozial wertvollerer Form, nämlich durch Darbietung von Arbeit, zu lösen, dann aber auch die Erwerbslosen selbst wesentlich besserzustellen, als dies im Rahmen der unterstützenden Fürsorge möglich ist.

§ 14 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge verpflichtet dazu, die Unterstützung, soweit die Gelegenheit dazu besteht, von einer Arbeitsleistung abhängig zu machen. Die Arbeiten dürfen nur gemeinnützigen Charakter tragen. An die zu diesen Arbeiten herangezogenen, sogenannten Pflichtarbeiter ist die Unterstützung zuzüglich eines Zuschlages für den durch die Arbeit bedingten Mehraufwand, höchstens aber 50 Prozent der Hauptunterstützung, zu zahlen. Zu diesen Pflichtarbeiten werden neben einzelnen anderen Gruppen von Erwerbslosen ausnahmslos die Jugendlichen herangezogen. Bevorzugt werden Arbeiten, deren wirtschaftlicher und sozialer Wert sich auch den Jugendlichen besonders leicht erschließt (z. B. Herstellung und Instandsetzung von Spielplätzen für Jugendliche und für die vielfach auch gerade der Arbeiterschaft nahestehenden Spiel- und Sportvereine).

Eine wesentlich größere Bedeutung als der Pflichtarbeit kommt der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu, bei der es sich zwar auch um zusätzliche Arbeitsgelegenheit handelt, bei der aber auch nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen im besonderen Maße auf einen wirtschaftlichen Wert der Arbeitsleistungen Gewicht zu legen ist. Im Jahre 1924 sind im Rahmen der Beschäftigung von Erwerbslosen 261 283 Arbeitstagewerke geleistet. Dieses bedeutet für das genannte Jahr eine durchschnittliche tägliche Beschäftigung von 850 Arbeitern. In der Zeit vom 1. Januar bis 27. Juni 1925 sind durchschnittlich arbeitstäglich 779 Arbeiter beschäftigt. Eine Uebersicht über die im Jahre 1924 geleisteten Notstandsarbeiten weist nicht weniger als 58 Arten von Arbeiten auf.

Um der wachsenden Zahl der stellenlosen kaufmännischen und Bureauangestellten geeignete Beschäftigungsmöglichkeit bieten zu können, wird im Rahmen der Arbeitsbehörde, wenn auch als private Einrichtung, seit längerem eine öffentliche Schreibstube geführt, ohne daß für die Schreibstube irgend welche öffentliche Mittel in Anspruch genommen zu werden brauchten.

Die Mannigfaltigkeit der eingerichteten Arbeiten bietet die Möglichkeit, geeignete Auswahl unter den Erwerbslosen bei der Verteilung auf die einzelnen Arbeitsstellen zu treffen, auch minderkräftige Arbeitslose z. B. mit den erforderlichen Aufsichtsarbeiten, Botengängen usw. zu beschäftigen.

Die Zuweisung zu den Notstandsarbeiten ist so geregelt, daß die Erwerbslosen zunächst zwei Monate lang Barunterstützung beziehen, in dieser Zeit auch geeignetenfalls zu den Pflichtarbeiten herangezogen werden, daß dann aber, um einer bei längerer Arbeitslosigkeit unausbleiblichen Lähmung der Arbeitskraft und des Arbeitswillens vorzubeugen, um insbesondere auch dem bei den niedrigen Unterstützungssätzen auf die Dauer unausbleiblichen wirtschaftlichen Verfall der Arbeitslosen und ihrer Familien vorzubeugen, **auf die Dauer eines Monats die Heranziehung zu den Notstandsarbeiten erfolgt.** Die Notstandsarbeiter werden nach dem für entsprechende Arbeit geltenden Tariflohn bezahlt. Die folgende Zusammenstellung läßt die Höhe der Unterstützungssätze, die Höhe der Löhne und die aus der Not-

Standsarbeit sich ergebende durchschnittliche Besserstellung der Erwerbslosen erkennen:

Familienstand	Wochenunterstützung ohne Notstandsarbeit	Tariflohn die Woche	durchschn. Wochenunterstützung bei 8 Woch. Unt. u. 4 Wch. Tarifarbeit	demnach mehr
Lediger von 18 bis 21 Jahren	4,84	25,44	11,79	6,95
Lediger von 21 bis 24 Jahren	8,10	31,20	16,—	7,90
Lediger über 24 Jahre	8,10	32,16	16,32	8,22
Verheirateter über 24 Jahre	11,10	33,60	16,60	5,50
Verheiratet. üb. 24 J. m. 1 Kind	13,20	35,04	20,48	7,20
„ „ 24 „ „ 2 Kind.	15,30	36,48	22,36	7,06
„ „ 24 „ „ 3 „	17,40	37,92	24,24	6,84
„ „ 24 „ „ 4 „	19,50	39,36	26,15	6,65
„ „ 24 „ „ 5 „	19,50	40,80	26,63	7,13

Die Heranziehung zu den Notstandsarbeiten bedeutet für den Erwerbslosen eine wenigstens zeitweilige Wiedereinordnung in das Wirtschaftsleben. Sie bedeutet auch eine zeitweilige wesentliche finanzielle Besserstellung durch den Tariflohn, also eine wirtschaftliche Erholung. Sie hat nach der vorstehenden Aufstellung eine durchschnittliche Besserstellung der Erwerbslosen um 7—8 Mark in der Woche, mithin eine Besserstellung in den Hauptgruppen um etwa 50—100 Prozent zur Folge. Nach Ablauf der einmonatigen Tarifarbeit ist der Erwerbslose wiederum — neben etwaiger Pflichtarbeit — für zwei Monate lediglich auf die Barunterstützung angewiesen. Ist Arbeit für ihn nicht zu beschaffen, so folgt zum 2. Male der zweimonatigen Unterstützung die tariflich gelohnte Notstandsarbeit; derselbe Vorgang wiederholt sich, wenn es erforderlich sein sollte, zum dritten Male. Auf diese Weise wird die Höchstdauer der Erwerbslosenfürsorge (26 Wochen), sowie die Höchstdauer der aus der Erwerbslosenfürsorge geförderten Notstandsarbeiten (13 Wochen) ausgenutzt. Zugleich erleichtert die Beschäftigung der Arbeitslosen in tariflich geregelter und zugleich krankenversicherungspflichtiger Beschäftigung den Neuerwerb des Anspruches auf die Erwerbslosenfürsorge. Nach diesem Verfahren wird die Erwerbslosenfürsorge tatsächlich eine gehobene Fürsorge. Die Erwerbslosen werden über das Maß der allgemeinen gemeindlichen Wohlfahrtspflege wesentlich hinausgehoben.

Während früher die Kosten der Notstandsarbeiten ausschließlich aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge bestritten wurden, beschränkt sich diese heute auf die Leistung eines Zuschusses. Die Hauptlast trägt der Staat. Die Uebernahme dieser Last rechtfertigt sich durch die wirtschaftlichen Werte der Notstandsarbeiten und durch den Umstand, daß durch das dargelegte System der Notstandsarbeiten die gemeindliche Wohlfahrtspflege eine erhebliche Entlastung erfährt.

Dieses System der Arbeitsfürsorge würde indessen unzulänglich sein, wenn es auf die unterstützten Erwerbslosen beschränkt bleiben sollte. Unterstützungsberechtigt sind nach der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge nur solche Arbeitslose, die in den letzten 12 Monaten mindestens 3 Monate lang versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt haben. Diese Voraussetzung trifft, zumal bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage, bei vielen, nunmehr auf unselbständige Lohnarbeit angewiesenen Arbeitskräften, die bislang in nichtversicherungspflichtiger Beschäftigung gestanden haben, nicht zu. Ohne besondere Hilfsmaßnahmen würden diese Kreise der Arbeitslosen auf die allgemeine gemeindliche Wohlfahrtspflege (Armenpflege) angewiesen sein. Um dies zu verhindern, sind dem Wohlfahrtsamt auf seinen Antrag durch Rat- und Bürgerschluß Mittel zur Verfügung gestellt worden, um auch diesem Kreise der Arbeitslosen tariflich gelohnte Notstandsarbeiten bieten zu können. Die Beschäftigung dieser sogenannten Wohlfahrtsarbeiter erfolgt für längstens drei Monate, weil alsdann durch diese Beschäftigung der Anspruch auf die Erwerbslosenfürsorge erworben ist und die Arbeitslosen an diese verwiesen werden können. Die Kosten dieser sogenannten Wohlfahrtsarbeiten hat der Lübecker Staat ganz aus eigenen Mitteln zu tragen. Beihilfen aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge können nicht gewährt werden. Zu den Wohlfahrtsarbeiten werden insbesondere auch Arbeitslose mit kinderreichen Familien herangezogen, die aus irgend einem Grunde einen Anspruch auf die Erwerbslosenfürsorge nicht haben, um, entsprechend auch den Bestimmungen der Reichsverfassung, diesen Familien ein erhöhtes Maß von Fürsorge zu bieten.

Die Zahl der Arbeitslosen, die nicht oder nicht mehr Anspruch auf die Erwerbslosenunterstützung hatten und allein aus lübeckischen Mitteln beschäftigt und entlohnt wurden, betrug in den einzelnen Monaten des Jahres 1925 durchschnittlich täglich: 471, 507, 533, 420, 350, 245, 228, 199, 202, 104. Der Rückgang dieser Zahlen erklärt sich daraus, daß die Beschäftigten durch längstens dreimonatige Beschäftigung Anspruch auf die Erwerbslosenfürsorge erlangen und damit aus den aus rein lübeckischen Mitteln gezahlten Notstandsarbeiten (Wohlfahrtsarbeit) ausscheiden können. Für die nächste Zeit dürfte die Zahl der Wohlfahrtsarbeiter auf nicht mehr als durchschnittlich 100 zu veranschlagen sein.

Für die Durchführung der verschiedenen Arten von Notstandsarbeiten sind im Laufe des letzten Jahres durch Rat- und Bürgerschluß rund 508 000 Mark bewilligt. Außerdem sind dem Bauamt zur Durchführung der Notstandsarbeiten 1924/25 zur Verfügung gestellt 534 000 Mark. Die zur Beschäftigung der Erwerbslosen zurzeit zur Verfügung stehenden Mittel werden in Kürze erschöpft sein. Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1926 dürften schätzungsweise erforderlich sein:

1. Wohlfahrtsarbeit: 100 Arbeiter 30 RM wöchentlich, für 13 Wochen	39 000,— RM
2. Pflichtarbeit: 200 Arbeiter 50 % Zuschlag zur Hauptunterstützung = 4,20 RM wöchentlich, für 13 Wochen	10 920,— „
Demnach für Wohlfahrtsarbeit und Pflichtarbeit	49 920,— RM
3. Notstandsarbeiten: für 1200 Arbeiter nach Anrechnung der von der Erwerbslosenfürsorge zu leistenden Zuschüsse durchschnittlich 20 RM wöchentlich, für 13 Wochen	312 000,— RM
Hiervon aus den bereits bewilligten Mitteln voraussichtlich zu bestreiten, weil die Notstandsarbeiten nach dem neuen System, für das die Mittel bewilligt sind, erst zum 15. November haben aufgenommen werden können	60 000,— „
	252 000,— „
zusammen	301 920,— RM
abgerundet	300 000,— „

Bei dieser Aufstellung sind die Zahlen der Erwerbslosen vom 10. Dezember 1925 zugrunde gelegt. Bei wesentlichem Steigen der Zahl der Erwerbslosen würde der angegebene Betrag nicht bis zum 31. März 1926 ausreichen, sofern die Beschäftigung der Erwerbslosen in dem bisherigen Ausmaße fortgeführt werden soll.

Der dringende Wunsch der Arbeitsbehörde und des Wohlfahrtsamtes geht dahin, die Arbeit in dem bisherigen Umfange auch fernerhin geradezu zur Grundlage der Fürsorge für die Erwerbslosen machen zu können, nicht nur für die unterstützungsberechtigten, sondern allgemein für alle noch arbeitsfähigen Bedürftigen. Zwar gehen Lübecks Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitsfürsorge weit hinaus über das, was in den meisten anderen Orten in dieser Beziehung geschehen ist. Doch wird zurzeit aus Anlaß der wachsenden Not der Erwerbslosen auch an anderen Orten erwogen, ob Lübecks Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung zum Vorbild genommen werden sollen. Unter diesen Umständen ist besonders zu wünschen, daß auch in Lübeck die Fortführung der Arbeiten nach den heutigen Richtlinien ermöglicht werden kann und der Arbeitsbehörde wie dem Wohlfahrtsamt durch die gesetzgebenden Körperschaften die hierfür erforderlichen Mittel bewilligt werden.

Partei-Nachrichten

Sozialdemokratischer Verein Lübeck

Sekretariat Johannisstr. 45 I. Telephon 2443

Sprechstunden
11—1 Uhr und 4—7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen

Moisling. Achtung! Sämtliche Mitglieder des Parteivorstandes und der Vorstände unserer Ortsvereine heute wichtige Sitzung! 8 Uhr im Kaffeehaus. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Sozialistische Arbeiter-Jugend

Jugendchor. Montag, den 4. Januar, 7½ Uhr, Lehrstunde. Alle Mitglieder müssen erscheinen, weil wir in der nächsten Zeit besonders schwierige Aufgaben zu erledigen haben. Wegen Kontrolle unseres Notenmaterials alle Liederhefte mitbringen! Hermann.

Achtung, Funktionäre! Am Dienstag, dem 5. Januar, Funktionärversammlung im Jugendheim, Königstraße 37. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Funktionäre unbedingt notwendig.

Achtung, Mitglieder! Am Mittwoch, dem 6. Januar findet der dritte Aussprache-Abend aller Jugendvereinigungen im Jugendheim, Königstr. 37, statt. Dr. Solmitz spricht über das Thema: Jugend und Politik.

Achtung, Mitglieder! Unsere Generalversammlung wird am Sonntag, dem 10. Januar abgehalten. Da äußerst wichtige Beschlüsse gefaßt werden müssen, bitten wir Euch, restlos und vollzählig um 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus zu sein. Anträge können noch bis zu Mi. Januar entgegengenommen werden. Der Ortsvorstand.

Kassierungsvorstände und Ortsvereinsleitungen! Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Berichte spätestens bis zum 5. Januar abgeliefert sein müssen. Die Bestellungen für den Führer sofort abliefern. K. Sch.

Arbeiterjugend Moisling. Mittwoch, den 6. Januar findet unsere Generalversammlung statt. Sämtliche Mitglieder haben zu erscheinen. Die Versammlung findet um 8 Uhr im Kaffeehaus statt. — Am 1/7 Uhr Volkstänze! (Nur für Teilnehmer.)

Achtung, Mitglieder! Unsere Abzeichen sind jetzt nur noch beim Genossen Albert Ziebe, Stockmannstraße 9, (Hinterhaus) zu haben; aber nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches beim Kassierer. Kabelle 0,40 ℳ, Stoffen 0,50 ℳ, große Stoffen 1,— ℳ. Der Ortsvorstand.

Jungsozialisten

Montag, den 4. Januar, 8 Uhr, im Jugendheim, Königstraße, Vortrag des Genossen Schermann „Religion und Sozialismus“, im Anschluß an das Dependenzbuch der Jungsozialisten. Anschließend Aussprache über den jüngsten Inhalt des Heftes. Rege Beteiligung dringend erwünscht.

Sozialistische Kinderfreunde

Montag, den 4. Januar, abends 8 Uhr, Vorstandssitzung bei Genossen Schmitz, Stockelsdorfer Straße 61 II. Die Vorsitzenden müssen unbedingt erscheinen. Monatsprogramme mitbringen. Der Vorstand.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Bureau: Johannisstraße 45 II.

Geöffnet Dienstags und Freitags

Jungmannschaft. Dienstag, 5. 1. 26, abends 7½ Uhr wichtige Besprechung im Gewerkschaftshaus. Vorbereitungen zum Werbetag. Erscheinen aller Kameraden erforderlich. Jug- und Gruppenführer haben pünktlich zu erscheinen. Beiring.

Schlutup. Generalversammlung am Mittwoch, den 6. Januar, 8 Uhr abends, im Gasthof Kronsbaal. Der Vorstand.

Gewerkschaftliche Mitteilungen

Bezirksleiter-Konferenz. Mittwoch, den 6. d. Mts., abends 8 Uhr findet Konferenz statt im Jugendheim, Königstraße 37. Vortrag von Herrn Dr. Solmitz „Jugend und Politik“. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Jugendleitung.

Angrenzende Gebiete

Lauenburg

Ratzeburg. Ein verhängnisvoller Schuß. Als ein hiesiger Waffenhändler einem Käufer mehrere Revolver vorlegte, ging beim Hantieren mit den Waffen plötzlich ein Schuß los und traf den Kaufmann in den Unterleib, der lebensgefährlich verletzt zu Boden stürzte. Die Kugel drang so tief, daß sie nicht entfernt werden konnte. Den Käufer trifft kein Verschulden, da er nicht wußte, daß der Revolver geladen war.

Provinz Lübeck

Stockelsdorf. Sozialdemokratischer Verein. Mitgliederversammlung am Dienstag, dem 5. Januar, abends 7½ Uhr bei Dietrichsen-Fackenburg. Vortragender Genosse Fritz Hansen-Kiel. Rezitationen und Vorlesungen. Genossinnen und Genossen sorgt für guten Besuch. Freunde können eingeführt werden. Der Vorstand.

Eutin. Haussammlungen. Die Regierung hat vor einiger Zeit mit Rücksicht auf die große Notlage, in der sich zahlreiche Volksgenossen befinden, allen Gemeinden unter Zurückstellung aller bisherigen Bedenken die Genehmigung zur Veranstaltung von Straßen- und Haussammlungen für bedürftige Gemeindeangehörige erteilt, da zur Bekämpfung der Not die Mittel des Staates und der Gemeinden nicht ausreichen.

W. Eutin. Hohes Alter. Seinem 80. Geburtstag feiert am 31. Januar ein alter treuer Mitstreiter der Arbeiterbewegung, der Zimmerer Ferd. Wiese. Wiese, der für sein hohes Alter noch recht rüstig ist, übte noch bis vor wenigen Jahren seinen Beruf aus, der sich in seiner Familie forterbt. Allen Ortskundigen dürfte die stattliche Gestalt des alten Wiese mit dem großen weißen Bart bekannt sein.

W. Eutin. Die letzte Sitzung des Landesausschusses verlief ungewohnt friedlich. Das Statut des Wohlfahrtsamtes wurde endgültig angenommen. In das Wohlfahrtsamt wählte der Landesausschuß aus seiner Mitte die Herren Lamprecht (S.), Rave (D.) und Boldt (Volksgem.), ferner als Vertreter der Kleinrentner Ratsherr a. D. Klook-Eutin, als Vertreter der Gewerkschaften Landesausschußabg. Ketelhohn-Schwartau und als Vertreter der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen deren Vorsitzenden Chr. Klein-Eutin. Als ständige Mitarbeiter sollen dem Wohlfahrtsamt der Landesarzt, der Kreisschulrat und ein Vertreter der Kirche angehören. Da es in den früheren Beratungen des Statuts der SPD. nicht möglich war, den Vertreter der Kirche auszuschalten, soll nunmehr der zu erwartende unsoziale Einfluß eines evangelischen Geistlichen dadurch ausgeglichen werden, daß man auch der katholischen Kirche die Gleichberechtigung einräumt. Ein solcher Antrag soll später eingebracht werden. Bei dem großen Unterschied zwischen katholischer und evangelischer Kirche in sozialen Fragen ist ein solcher Schritt durchaus berechtigt, wenn auch der geistliche Einfluß verstärkt wird; die heftige Gegnerschaft der Deutschnationalen gegen diese Bestrebungen zeigt recht deutlich, um was es sich handelt. — Ausgiebig erörtert wurde die Ahrensböker Schulfrage. Die Stadt- und Landgemeinde Ahrensbök unterhalten eine Realschule und wünschen die Sicherstellung dieser für die ganze Ahrensböker Gegend wichtigen Anstalt durch möglichst baldige Uebernahme der Verwaltung durch den Staat, wobei die betr. Gemeinden die Kosten im bisherigen Maßstab weiter zu tragen bereit sind. Der Landesausschuß beschloß, sich diese Wünsche zu eigen zu machen. Im Anschluß daran wurde der Wunsch nach Verstaatlichung sämtlicher Schulen laut, was der Vereinheitlichung des Schulwesens dienen und parteipolitischen Seitensprüngen steuern würde. Namentlich das Eutiner Lyzeum mit seiner politischen Einstellung (alljährliche Schulfeier am 18. Januar usw.) ist das Sorgenkind aller Jugendfreunde. — Einstimmig angenommen wurde ein Antrag der SPD., die Regierung zu ersuchen, die politischen Abzeichen aus den Schulen zu verbannen. Einen großen Raum nahmen die Beratungen über Maßnahmen gegen die überhandnehmende Erwerbslosigkeit in Anspruch (z. Zt. ca. 1400 Erwerbslose im Landesteil). Nachdem durch einen sozialdemokratischen Antrag in früherer Sitzung beschlossen war, 50 Proz. der Steuer vom bebauten Grundbesitz zur Belebung der Bautätigkeit zu verwenden, beantragte Abg. Meyer-Neusefeld (Volksgem.) schon jetzt Gelder zur Belebung der Bautätigkeit zu verwenden. Bureaudirektor Streekmann malte die Finanzlage sehr schwarz, von 300 000 ℳ im Dezember fälliger Steuer seien erst 12—13 000 eingegangen und es sei sehr wahrscheinlich, daß ein erheblicher Teil überhaupt nicht einkommen werde. Abg. Ketelhohn (S.) geißelte die Steuerscheu der Landwirte; hat doch ihr Führer Dohm nach Annahme der Wegesteuer offen erklärt, daß sie nicht zahlen würden. Wollten es die Arbeiter ebenso machen, so würde Deutschland dem Chaos verfallen. Der Antragsteller Meyer meinte, daß Streekmann zu schwarz gemalt habe und wies nochmals auf die Notwendigkeit einer Belebung des Baugewerbes hin, welche auch den anderen Gewerben zugute käme. Von SPD.-Seite (Abg. Burmeister) wurde beantragt, eine Anpassung des Zinsfußes für Mietzinssteuerhypotheken an den niedrigeren preußischen Satz zu verlangen. — Dieser Antrag wie auch der Antrag Meyer wurden einstimmig angenommen. Einhellige Zustimmung fand auch die Beschwerde v. Levetzows (Volksgem.) über die hohen Strompreise und das häufige Versagen des elektrischen Lichtes. — Ebenfalls einstimmig erfolgte die Wiederwahl der aus dem Vorstand der landwirtschaftlichen Winterschule ausscheidenden Mitglieder Karl Fick-Stockelsdorf und Arbeiter Kasch-Neumeierei bei Zarnekau. — Eine Anfrage von Lamprecht (S.) betr. Abgabe von Brennholz an die Gemeinden zum Taxpreise für bedürftige Einwohner fand nach einigen Einwendungen des Regierungsrats Zeidler eine entgegenkommende Erledigung.

Mecklenburg

Schönberg. Holzverkauf. Eine Bekanntmachung über Holzverkauf in Ziethen befindet sich im Inseratenteil der heutigen Ausgabe.

Hansestädte

Hamburg. Schwere Beschuldigungen gegen einen Pastor. Der Pastor der Hauptkirche in Altona, Wallroth, ist plötzlich aus seinem Amt entfernt worden, da ernste Beschuldigungen wegen sittlicher Verfehlungen gegen ihn erhoben worden sind. Die Kirchenbehörde hat sofort ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet. — Die Groß-Hamburg-Frage. Bürgermeister Dr. Petersen erklärte anläßlich der bevorstehenden Verhandlungen mit Preußen über die Groß-Hamburg-Frage, man habe in Hamburg mit Sympathie davon Kenntnis genommen, daß sich in Preußen der Wille, eine Lösung zu finden, verstärkt, und daß man in die Verhandlungen mit dem festen Vorsatz gehe, das Problem als deutsches Problem zu sehen und zu lösen. Dies glaube Hamburg indessen nur erreichen zu können, wenn es keine Bindungen eingehe, durch die seine staatliche Selbständigkeit in irgend einer Form beschränkt werde. In dieser staatlichen Selbständigkeit sehe es die Voraussetzung für die Erfüllung seiner nationalen Pflicht.

SPD. Hamburg. Um die Zukunft der Reiherstiegwerft. Unter zahlreicher Beteiligung der Aktionäre der Reiherstieg-Schiffswerft fand eine Versammlung dieser Aktiengesellschaft statt, in der der angekündigte Sanierungsvorschlag der Verwaltung zur Beschlußfassung kommen sollte. Die Versammlung nahm einen äußerst erregten Verlauf. Der Syndikus der Gesellschaft erklärte, daß man gezwungen sei, mit der Firma Wetzel & Freytag ein Sanierungsabkommen zu schließen, da sich alle anderen Versuche zerschlagen hätten. Unter lebhaftem Protest der Minderheit der Aktionäre teilte er mit, daß man deshalb die Geschäftsaufsicht bis zum 18. Januar habe verlängern lassen. Wenn die Generalversammlung den vorliegenden Sanierungsvorschlag ablehne, sei der Kokurs unvermeidlich und es sei aussichtslos, auch nur einen Pfennig für die Aktionäre zu retten. Er las dann den zur Beschlußfassung stehenden Vertrag mit der Firma Wetzel & Freytag vor, nach dem die genannte Firma die gesamten Aktiven und Passiven der Reiherstieg-Schiffswerft übernimmt und den Aktionären der Reiherstieg für je eine 1000-Mark-Aktie eine 100-Mark-Aktie von Wetzel & Freytag ausliefert. In einer Diskussion wehrten sich die Vertreter der kleinen Aktionäre verzweifelt gegen diesen Vorschlag, den sie als eine Vergewaltigung der kleinen Leute bezeichneten. Alle Anträge, die zur Verhinderung der Abstimmung gestellt wurden, wurden durch die Majorität der Großaktionäre niedergestimmt. Am Schluß wurde der Sanierungsvorschlag mit 13 280 gegen 9358 Stimmen angenommen. Es fehlten nur wenige Stimmen, die für die Beschlußfassung notwendige Zwidrittelmajorität zu Fall zu bringen. Die Vertreter der Minderhit legten Protest gegen den Beschluß ein.

Bremen. Mord auf der Straße. In der Nacht zum Donnerstag ist in der Gustav-Deetjens-Allee auf dem Mittelweg der Anlagen auf dem alten Herdentorsfriedhof der in der König-Albertstraße wohnende Kaufmann Dr. phil. Castanjen von einer unbehelligt entkommenen Person durch einen Rückenschuß getötet worden. In der Nähe befindliche Personen wollen einen Streit zwischen Castanjen und dem Täter wahrgenommen haben, dem schnell das Aufblitzen des Schusses folgte. Der Schütze entfernte sich eilig nach dem Gustav-Deetjen-Tunnel und wird nach dem Bahnhofsplatz geflüchtet sein.

Schleswig-Holstein

Kiel. Grober Silvesterunfug. In der Neujahrsnacht ist es in Kiel zu Ausschreitungen gekommen. So wurden u. a. Explosionskörper zur Entzündung gebracht und dadurch arger Sachschaden verursacht. Besonders stark war eine solche Explosion in der Langenreihe, wo von den Häusern Nr. 14 bis 18 nicht weniger als 30 Fensterscheiben zertrümmert wurden. Glücklicherweise ist durch die umherfliegenden schweren Sprengstücke, von denen einige bis zu 30 Zentimeter lang und mehrere Pfund schwer waren, niemand verletzt worden. Es gelang der Polizei, die Täter in der Person eines Elektrikers und eines Lageristen festzunehmen.

Flensburg. Vorgetäuschter Selbstmord. Von der Schiffsbrücke sprang vor etwa 3 Monaten der Arbeiter Richard G. vor den Augen seiner Frau ins Wasser und blieb seither verschwunden. Die Leiche des G. konnte nicht geborgen werden. Da G. jetzt überaus lebendig und unter der Anklage des Diebstahls in Hannover festgenommen wurde, ist das nicht weiter verwunderlich. Die Komödie am Hafen hatte er vorgetäuscht, um sich der Verfolgung zu entziehen.

Die Urbevölkerung Europas. Der Professor Arthur Glahn an den russischen Hochschulkursen in Riga berichtet in einer längeren Zuschrift an ein Rigasches Blatt, daß es ihm gelungen sei, bei Entzifferung der rätselhaften Bilderschrift auf den Felsen von Vohoslän in Schweden, ferner der Bilderschrift auf dem Silberkessel von Gnadestrup in Jütland und auf den Goldhörnern von Schleswig die Sprache dieser Inschriften den westfinnischen Sprachen des ugro-finnischen Sprachtums anzugliedern. Ausführliche Mitteilungen über seine Entzifferung werde er in nächster Zeit den Akademien von Stockholm und Kopenhagen zusenden. Aus seinen Darlegungen geht hervor, daß wir eine weitverbreitete westfinnische Urbevölkerung in Europa anzunehmen haben.

Neues aus aller Welt

Zugzusammenstoß in Hessen

Frankfurt a. M., 4. Januar (Radio).

Im Bahnhof Gießen verunglückte am Sonnabend abend der Koblenzer Teil des Frankfurter—Berliner Schnellzuges, indem eine Maschine des Hamburger Schnellzuges auf die vier D-Zug-Wagen auffuhr. 4 Reisende wurden leicht verletzt, von denen eine Person in die Klinik überführt wurden mußte.

Schweres Erdbeben in Norditalien

In ganz Norditalien rief ein Erdbeben größte Bestürzung hervor. In Venedig stürzten zahlreiche Schornsteine ein. Die Bevölkerung, die niemals so heftige Erdstöße erlebt hat, wurde von einer Panik ergriffen und strömte in Massen auf die Plätze. Ebenso herrschte in Triest eine Panik, wo die Einwohner aus Furcht vor neuen Erdstößen nicht in die Häuser zurückkehren wollten. Eine Anzahl von Gebäuden mußte geräumt werden, da Einsturzgefahr besteht. Auch in Goerz, Monfalcone und der Isonzogegend wurde ein starkes Erdbeben verspürt, ebenso in Mailand, Bologna, Florenz, Livorno und Ravenna.

Muttermord und Selbstmord. Sonnabend früh teilte der Kaufmann Halberstadt in Frankfurt a. M. der Polizei telephonisch mit, daß er soeben seine Mutter erschossen und sich selbst durch einen Schuß in den Kopf töten würde. Das Revier sandte sofort mehrere Beamte an den Tatort, wo man die Frau Halberstadt, eine Witwe in den fünfziger Jahren, tot mit einer Schußverletzung in ihrem Bette auffand. Vor dem Bett fand man den jungen Halberstadt, einen Mann von 20 Jahren, ebenfalls mit einer Schußverletzung in der rechten Schläfe tot auf. Der Vater ist im vorigen Jahr durch einen Autounfall ums Leben gekommen.

Beraubung einer Fürstengruft. Das WTB. berichtet aus Berlin: Bei der Untersuchung eines Raubes, der am 30. Dezember in der Peter-Paulskirche bei Nikolskoj verübt wurde, ergab sich, daß auch die Fürstengruft von Einbrechern heimgesucht wurde. Es wurden die Särge des Roten Prinzen und der Landgräfin von Hessen erbrochen und drei goldene oder vergoldete Kronen gestohlen. Einen dritten Sarg zu öffnen, gelang ihnen nicht. Ob noch andere Wertsachen geraubt sind, wird man erst nach Rückkehr des Eigentümers, des Prinzen Leopold, feststellen können.

Die diebische Gräfin als Filmsensation. Nachdem die diebische Gräfin Bothmer bereits durch die sicher sehr einträgliche Prozeßberichterstattung einer gewissen sensationslüsternen Presse bereits zur Heldin heraufgerückt ist, soll ihr der wildgewordene Spießer ihre moralische Entartung obendrein noch vielfach mit Gold aufwiegen. Es steht schon fest, daß ihr von verschiedenen Filmgesellschaften lockende Angebote gemacht worden sind, und ein Gerücht will sogar wissen, daß die „Ufa", die bekanntlich in den letzten Tagen amerikanischem Kapital dienstbar gemacht worden ist, der Gräfin ein Monatseinkommen von 30 000 Mark zugesichert habe. Auch wenn diese Meldung verfrüht sein sollte, ist doch die zweifellos wohlberechnete Spekulation der Filmunternehmer auf die sensationellen Instinkte der Bourgeoisie ein ungeheuer beschämendes Zeiches für den kulturellen und sittlichen Tiefstand und die soziale Verwirrung unserer Zeit. Die schmierigsten Schundliteraturphantasien werden hier wieder einmal von der Wirklichkeit weit übertroffen.

Der Stettiner Funksender. Am Sonntag mittag wurde der neue Stettiner Funksender in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bredow feierlich eingeweiht.

Wieder 20 Selbstmorde in Berlin. Am 31. Dezember und am 1. Januar sind 20 Selbstmorde und Selbstmordversuche registriert worden. Die Frauen beginnen in der Selbstvernichtung den Männern den Rang abzulaufen. Von den 20 Selbstmördern gehörten 11 dem weiblichen Geschlecht an. Unter diesen dominieren wieder die älteren Frauen: 6 Frauen hatten das Alter von 40 Jahren überschritten — nur eine hatte noch nicht das 20. Lebensjahr erreicht. Das Alter der Männer variiert von 20 bis 65 Jahren. In drei Fällen sind es Liebesbeziehungen, die die Männer den Tod suchen läßt.

Fünf deutsche Schiffbrüchige gerettet. Der Flensburger Dampfer „Silvia", der im Hafen von Veile eintraf, hatte an Bord fünf Schiffbrüchige, deutsche Seeleute des Geestemünder Fischtrawlers „Alice Buß". Sie wurden am Donnerstag im Fahrwasser zwischen den Inseln Samsoe und Sejrö aufgenommen. Der Trawler war bei heftigem Sturm östlich von Samsoe auf Grund geraten und hatte die Notflagge gehißt. Er war teilweise mit Wasser gefüllt, und da er auf steinigem Grund steht, wird er selbst bei Hochwasser nur schwer freizubekommen sein. — Am Silvesterabend strandete bei Neukuhren im Sturm ein Motorboot. Sämtliche Insassen, vier Fischer aus Groß-Kuhren, ertranken.

Explosion in Köln. Sonnabend vormittag flog in der Rheinaustraße zu Köln ein unerlaubtes Benzinlager in die Luft. Vier Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Eisenbahnunglück. Am Silvesterabend entgleiste bei Tolmein (in der jetzt zu Italien gehörenden Grafschaft Görz) ein Zug infolge falscher Weichenstellung. Zwei Personen sind getötet, drei Personen schwer und etwa 30 Personen leicht verletzt worden.

Der Untersuchungs-Ausschuß über das Shenandoah-Unglück. Der Untersuchungsausschuß der Marine schließt seine Arbeiten über das Ende der „Shenandoah" mit der Feststellung ab, daß außer dem Sturm mit Sicherheit keinerlei Ursachen für das Unglück gefunden werden konnten. Die Verminderung der Gasventile sei unratsam gewesen und könne Schaden verursacht haben, doch sei darüber Einwandfreies nicht feststellbar. Das Unglück müsse als Teilpreis für die Entwicklung der neuen und gefährlichen Kunst betrachtet werden, doch sei bei weiteren Experimenten mit „Leichter-als-Luft-Schiffen" Vorsicht anzuraten.

Explosionskatastrophe in Amerika. Durch die Explosion eines schadhaften Destillierapparates ist das Gebäude der Newport Harz- und Terpentinagesellschaft in Pensacola (Florida) in furchtbarer Weise verwüstet worden. Bis jetzt sind zwölf Tote und acht Verwundete aus den Trümmern geborgen worden. Zehn bis fünfzehn Personen werden noch vermißt.

Tribüneneinsturz bei einem Volksfest. — 135 Personen verletzt. Aus Pasadena (Kalifornien) wird gemeldet: Bei der großen Rosenfestparade, zu der sich Hunderttausende von Zuschauern eingefunden hatten, stürzte eine Tribüne ein. 135 Zuschauer, meistens Frauen und Kinder, wurden verletzt, darunter 30 schwer.

Die Einwohner Neuyorks. Nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung beträgt die Zahl der Einwohner von Neuyork 5 873 356.

Die Bewässerung der Kalahari. Die Engländer in Südafrika beschäftigten sich zurzeit lebhaft mit dem großzügigen Plan, die zwischen dem hügeligen Teil des Berschunanen-Landes und dem Orangefluß gelegene Kalahariwüste zu bewässern, um die sandige Steppengegend der Landwirtschaft zu erschließen. Die Wüste gewinnt Jahr für Jahr an Ausdehnung, da die ohnehin nur dürftige Feuchtigkeit mehr und mehr in die Tiefe versickert. Dadurch werden die letzten Oasen bedroht, in denen die Eingeborenen vor allem Gurken anbauen, die die Lieblingsnahrung der Kaffern sind und wegen ihres starken Wassergehalts auch gern vom Vieh gefressen werden. Das Projekt der britischen Ingenieure hatte zunächst den Sambesi als Bewässerungsquelle in Aussicht genommen. Schließlich hat man aber zwei Flüsse in Portugiesisch-Angola für den Zweck ins Auge gefaßt. Mit Hilfe mächtiger Wehre soll das Wasser der Flüsse in der Richtung der Wüste abgeleitet werden. In den durch das Wasser befruchteten Gegenden gedenkt man dann Baumwolle anzupflanzen, ein Plan, der ebenso kühn wie bedeutsamm ist und als Ingenieurleistung allen Respekt verdient.

Die Ueberschwemmung in Westdeutschland

hat ungeheuren Schaden angerichtet. Wenn auch das Hochwasser seinen Höchstpunkt überschritten hat, richten die reißenden Wasserfluten noch immer schlimme Verheerungen an. Unser Bild zeigt die Ueberschwemmung von Köln.

Theater und Musik

Stadttheater.

Zweites Gastspiel Generalmusikdirektor Prof. Hermann Abendroth: Die Fledermaus.

An seinem zweiten Gastspielabend dirigierte Hermann Abendroth „Die Fledermaus", die „klassischste" aller Operetten. Berühmte Meister des Taktstocks sahen es von jeher als Ehrenpflicht an, den Wert und den Gehalt der Partitur durch ihre Interpretation klarzulegen, weil die Faschingsstimmung des Textbuches gar zu leicht dazu verführt, den Schwerpunkt der Aufführung in die Darstellung zu verlegen. Wenn Nikisch im Hamburger Stadttheater die Fledermaus dirigierte, wurden die Kassen belagert und gestürmt wie zur Zeit der Caruso-Gastspiele, aber auch Felix Mottl und Gustav Mahler betrachteten eine musikalisch mustergültige Wiedergabe der Operette als Ehrenpflicht. Meister wie Brahms und Wagner schätzten gerade dieses Kind der Straußschen Muse besonders hoch, obwohl zwischen ihm und ihrem Schaffen eine Kluft gähnt. Es geht ein Bann aus von der köstlichen Frische dieser Partitur, von dem Rhythmus dieser Musik, dem sich selbst verschlossene und eigenwillige Musikernaturen nicht entziehen können. Diese Operette ist ihrer Wirkung immer gewiß, selbst dann, wenn die Wiedergabe viel Sorglosigkeit verrät. Umso erfreulicher ist es deshalb, daß ein Gast von der Bedeutung Hermann Abendroths sich ihr widmet, suggestiv Musiker, Sänger und Chor begeistert, diszipliniert und mitreißt und die prickelnde Stimmung, den rhythmischen Schwung und das Kolorit dieser Musik hervorzaubert, daß sie auf den Hörer wirken wie berauschender Champagner. Gleich die Einleitung zeigte, daß ein starker, und doch belebender Wille formte, meißelte und abtönte, ein Wille, der unbeugsam sich durchsetzte und die Aufführung zu Gipfelpunkten führte (wie das Finale des zweiten Aktes), die Begeisterung auslösen mußten. Das Orchester sowohl als auch die Darsteller folgten dem Führer mit einer beispiellosen Hingabe. Es ist möglich, daß etliche Proben mehr eine größere Abrundung, vor allem wohl der schauspielerischen Seite der Aufführung ermöglicht hätten; manches wirkte improvisiert. Aber eine derartige Improvisation hat mitunter auch ihre Vorzüge und in der „Fledermaus" zudem eine gewisse Berechtigung (zumal am Neujahrstage), wenn sie geschickt die Situation ausnutzt.

Die Fledermaus verlangt singende Darsteller oder schauspielerisch gewandte Sänger. Schauspielkunst und Gesang müssen sich mühelos ergänzen. (Eine Ausnahme bildet der „Frosch", der nur zu mimen braucht. Herr Rohleder, der zu den erprobten Späßen neue erdacht hatte, überraschte allerdings mit Gesangseinlagen, die zwerchfellerschütternd wirkten.) Dieser Forderung kamen die Damen Döhle und Studt restlos entgegen. Fräulein Döhle gab die Partie der Rosalinde frei von aller Schwere, mit der sie von „Hochdramatischen" meistens belastet

---

Apokryphen eines fast Vergessenen

Von Waterstrat, Lübeck-Moisling.

Wahrhaftig, ein fast Vergessener ist er, unser Johann Gottfried Seume, denn heute kennt man allenfalls nur noch seinen berühmten „Spaziergang nach Syrakus im Jahre 1802". Vor allen Dingen seine im folgenden wiedergegebenen Apokryphen sind als Worte eines seine Zeit durchschauenden Geistes wert, daß sie der Vergessenheit entrissen werden. Sein sich darin äußernder politischer, in die Zukunft schauender Scharfblick ist doppelt interessant, wenn man bedenkt, wie weit damals in der frederizianischen und nachfrederizianischen Zeit die politische Knechtsseligkeit ging.

Zum Persönlichen sei bemerkt, daß er zu den unglücklichen 20 000 Soldaten gehörte, die der bekannte Menschenhändler, der Landgraf Friedrich II. von Hessen, zusammenfangen ließ, um sie an England zur Bekämpfung der nordamerikanischen Kolonien zu verkaufen. (Der Handel brachte ihm 21 Millionen Taler ein.) Nach der Rückfahrt entzog Seume sich dem zweiten Verkauf durch die Flucht. Er fiel den preußischen Soldatenfängern in die Hände und wurde wieder Soldat. Zweimal schlugen die Fluchtversuche fehl. Als er dann schließlich doch entwischte, war es kein Wunder, daß er sich in schonungsloser Weise gegen den Militarismus und die gesellschaftlichen und staatlichen Zustände wandte. Diese aus den letzten Lebensjahren stammenden Apokryphen (1806—07) sind beredte Zeugen dafür.

*

Man sehe nur das Gros der Soldaten an, vorzüglich den kleinen Stab; ihr Ganzes sagt sogleich: „Wir sind die Repräsentanten der Willkür; bei uns hört das Denken auf." Daher ist auch ihr Lieblingswort: „Will der Kerl noch räsonnieren?"

*

Es kann in seinem Ursprung nicht leicht ein schlimmeres Wort sein, als Soldat, Söldner, Käufling, feile Seele; Solidarius, glimpflich: Dukatenkerl. Die Sache macht die Ehre des Kriegers; aber ein Soldat kann als Soldat durchaus auf keine Ehre Anspruch machen. Es ist ein unbgreiflicher Wahnsinn des menschlichen Geistes, wie der Name Soldat ein Ehrentitel werden konnte.

*

Der Enthusiasmus der Ehrenlegionen aller Art kommt mir vor, wie der Rausch vom Merseburger Bier, der den Geist mit Sumpfluft umgießt.

*

Die Gesellschaft gesteht uns oft zu viel zu: das tut sie aber für das Zuviel, das sie uns genommen hat.

*

Wenn man sagt, eine Nation kann die Freiheit nicht vertragen, so heißt das: der weit größere Teil derselben besteht aus Schurken, Narren und Dummköpfen; oder ein einziger versteht es, sie dazu zu machen.

*

Weist nur die Menschen in den Himmel, wenn ihr sie um alles Irdische betrügen wollt!

*

Ich kann mir nicht helfen, es ist meine tiefste Ueberzeugung: der allgemeine Charakter der Deutschen seit langer Zeit ist Dummheit und Niederträchtigkeit. Das ist die Schöpfung unserer Fürsten und Edelleute, der Ertrag des Privilegienwesens.

*

„Was ist der Mann?" fragen andere. „Wer ist sein Herr Vater?" fragt der Deutsche.

*

Alles was man in dieser Zeit für seinen Charakter tun kann, ist, zu dokumentieren, daß man nicht zur Zeit gehört.

*

Wer die Privilegia erfunden hat, soll zehntausend Jahre nach dem Aussterben der Hölle von dem letzten raffiniertesten Teufel privilegiert in den Stock gesetzt und mit sublimiertem Höllenstein vom Tode zum Leben und vom Leben zum Tode gebeizt werden.

*

Eine Religion, die des Menschen vorzügliche, fast einzige Hoffnung in ein anderes Leben weist, hat die Präsumtion der Gaunerei in diesem für sich.

*

Wenn man die Menschen um das Erdenleben betrügen will, assigniert man sie gewöhnlich an den Himmel.

*

Junge Huren, alte Betschwestern! Junge Wüstlinge, alte Mystiker! Der Mystizismus liegt meistenteils in Nervenschwäche und Magenkrampf.

*

Dem gewöhnichen Menschen ist das Vaterland, wo ihn sein Vater gezeugt, seine Mutter gesäugt und sein Pastor gefirmelt hat; dem Kaufmann, wo er die höchsten Prozente ergaunern kann, ohne vom Staat gepflückt zu werden; dem Soldaten, wo der Imperator den besten Sold zahlt und die größte Insolenz erlaubt; dem Gelehrten, wo er für seine Schmeicheleien den meisten Weihrauch oder Gold erntet; dem ehrlichen, vernünftigen Manne, wo am meisten Freiheit, Gerechtigkeit und Humanität ist. Also findet der letzte nur selten sein Vaterland.

*

Ein Glück für die Despoten, daß die eine Hälfte der Menschen nicht denkt, und die andere nicht fühlt!

*

Die größten Gegner der wahren Kultur sind die Fürsten, die Edelleute und die Gelehrten, in sofern sie zu den Privilegiaten gehören. Nächst diesen die meisten Buchhändler als Handlanger der Gaunerei aller Art.

*

Ich habe bemerkt, daß auf den Gütern der reichsten Leute immer die schlechtesten Häuser, die verfallensten Mauern und die meisten Bettler sind. Das gibt mir ein Recht, die reichen Leute für die seelenlosesten Menschen zu halten.

*

Wer mit einem guten Gedanken stirbt, ist immer glücklicher, als wer als Sieger über ein Schlachtfeld zieht.

*

Wer frei und wahr denken will, sei allein, oder er hoffe nichts und fürchte nichts! Denn für ihn sind der Dolch, der Giftbecher, die Bastille in hundert Gestalten, alten und neuen, von Potosi bis nach Koliwan.

*

Die Pfaffen haben die Erbsünde geschaffen und der Adel verewigt sie: die Despotie verewigt alles zusammen.

*

Der Staat sollte vorzüglich nur für die Aermeren sorgen: die Reichen sorgen leider nur zu sehr für sich selbst.

wird — denen man das Abenteuer mit Alfred garnicht zutraut —, leicht, graziös, elegant und gesanglich mit einer Virtuosität, die den gefürchteten Czardas spielend bewältigte, Fräulein Studt war ein reizendes, frisches Kammerkätzchen. Sie darf diese Rolle zu ihren besten zählen, Fräulein Senderowna kämpfte sichtlich mit einer Erkältung und schien infolgedessen nicht in der richtigen Operettenstimmung zu sein. Die Herren überwogen (mit Ausnahme von Herrn Hartmann, der auch vortrefflich sang) durchweg nach der schauspielerischen Seite. Das gilt von Herrn Kopp, dem ausgelassensten und flottesten Eisenstein, den wir in Lübeck seit langer Zeit gesehen haben sowohl als auch vor allem von Herrn Teubner, der die Sektlaune des Gefängnisdirektors ausgezeichnet traf. Den wagnerfreudigen Gesanglehrer sang Herr Beamann mit viel Humor. Die szenische Gestaltung verriet den operettenkundigen Regisseur Herrn Hermann. D.

Worüber das Theaterpublikum lacht

Ein Theaterpublikum hat eine rätselhafte Massenseele, die in ihren Aeußerungen unberechenbar ist, und zu den mancherlei nicht vorherzusehenden Ausdrucksformen seines Vergnügens gehören die Stellen, an denen es lacht. „Was mich bei der Aufführung meines neuen Stücks am meisten überraschte," schreibt ein junger Dramatiker in einem Londoner Blatt, „das war das, worüber das Publikum lachte. Ich hatte keine Ahnung davon, daß sich die Zuschauer so leicht amüsieren können. Das geschieht besonders Sonnabends. Stellen, an denen am Montag oder Dienstag nur ein leises Kichern zu hören ist, werden am Freitag oder Sonnabend mit dröhnendem Gelächter begrüßt. Denn an jedem Abend ist die Stimmung des Hauses verschieden. Am verschiedensten aber ist das Lachen. Daß die Menge bei gewissen nie versagenden Situationen brüllt, ist nicht verwunderlich. Wie könnte ein Publikum still bleiben, wenn sich der junge Mann auf den Zylinder seines Onkels setzt oder seine Schwiegermutter an Stelle seiner Frau abküßt? Aber da gibt es so manches feinere Witzwort, so manche komische Nuance, von der man nie wissen kann, ob sie einschlägt. Worüber das Publikum lachen wird, davon haben weder der Verfasser, noch Direktor, noch Schauspieler die geringste Ahnung, bevor die Uraufführung stattgefunden hat. Fragt man sie, so sagen sie: „Wir wissen nichts darüber, das Publikum wird Ihnen schon bei der Aufführung erzählen, was es davon denkt. Bis dahin . . ." An dem großen Abend, wenn man voll Stolz und Verzweiflung, voll Hoffnung und Furcht hinter den Kulissen wartet, da bricht dann plötzlich das Gelächter aus bei Sätzen, die man nie und nimmer für humoristisch gehalten hätte, und vielleicht dröhnt die lauteste Lachsalve gerade bei einer Aeußerung, die man noch im letzten Moment streichen wollte, weil sie einem zu dumm und schwach erschien. Ein Kollege hat mir erzählt, daß das Publikum bei einer Bemerkung in seinem letzten Stück vor Lachen schrie, die lautete: „Sie gießen aber sehr hübsch Tee ein, jedesmal in die richtige Tasse." In meinem Stück erhob sich der stärkste Lacherfolg des Abends bei einem Streit zwischen zwei jungen Leuten, die sich darüber unterhalten, ob es Nieren zum Frühstück geben soll. Einige Witze, die ich für recht gut hielt, gingen unter eisigem Schweigen vorüber. Während man niemals sicher sein kann, wann das Publikum lachen wird, muß man an gewissen Stellen ganz sicher sein, daß es nicht lachen wird. Denn ein Gelächter in einem tragischen oder auch nur ernsthaften Augenblick kann das ganze Stück zu Fall bringen. Lautes Lachen ist verhältnismäßig leicht zu erzielen. Aber sehr viel schwerer ist es, auf den Gesichtern der Zuschauer das leise Lächeln und das behagliche Schmunzeln hervorzuzaubern, in denen sich der Sinn für feinen Humor äußert."

Wetterbericht der Deutschen Seewarte

Nachdruck verboten.

Vorhersage für den 4. und 5. Januar.

Nordsee und westliche Ostsee: Stark auffrischende Winde aus Süd, später nach West drehend, nach Regen bewölkt, vorübergehend Temperaturanstieg.

Arbeiter-Sport

Alle Zuschriften für diese Rubrik sind an den Sportwart Max Cornehl, Gr. Gröpelgrube 21 nicht an die Redaktion des Lübecker Volksboten zu richten

Fußballsparte. Funktionärsitzung am 6. Januar, 8 Uhr abends im Arbeiter-Sportheim, Hundestraße 41. Am Sonntag, dem 10. Januar, wird infolge des Spartentages Spielverbot verhängt.
Der Vorstand. J. A.: W. Burmeister.

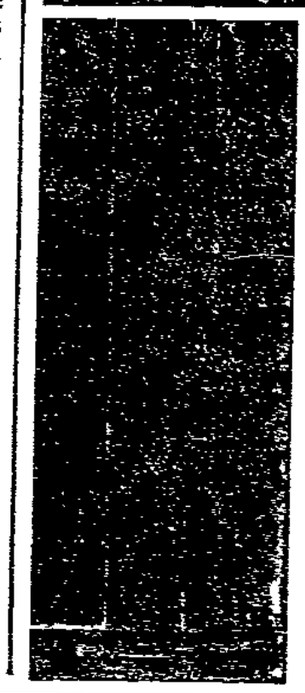
F. S. V. Am Dienstag, dem 5. 1. 26, Vorstands- und Funktionär-Sitzung im Klublokal. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Der Vorstand.

Arb.-Radfahrer-Bund „Solidarität", Ortsgruppe Schwartau-Rensefeld. Monatsversammlung am Dienstag, dem 5. Januar, abends 8 Uhr im Vereinslokal. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Fußball-Abteilung des Arbeiter-Turn- und Sportvereins Lübeck. Am Montag, dem 4. 1. 26, Vorstand- und Funktionär-Sitzung. Das Erscheinen aller ist Pflicht. Der Vorstand: P. M.

Arbeiter-Sport-Kartell. Vorstandssitzung am Dienstag, dem 5. Januar, abends ½7 Uhr im „Arbeiter-Sportheim", Hundestraße. J. Wi.

Arbeiter-Turn- und Sport-Verein. Vorstandssitzung am Dienstag, dem 5. Januar, abends 8 Uhr im „Arbeiter-Sportheim", Hundestraße. J. Wi.



Museum für Völkerkunde Geograph. Gesellschaft

Lichtbilder-Vortrag

Univers.-Prof. **Dr. R. Thurnwald**-Berlin

Staat und Familie bei den Naturvölkern

Freitag, 8. Januar, abends 8 Uhr
Großer Saal der Gemeinnützigen

Eintritt 1.— Mk. Schüler 50 Pfg.
Karten bei **Ernst Robert.** (84

Um die Fußballmeisterschaft in Sachsen

Leipzig, 4. Januar. (Radio.)

Am Sonntag wurden in Sachsen folgende Vorrundenspiele um die Fußballmeisterschaft des 4. Kreises ausgetragen:

Rasensport Döbeln gegen Rasensport Löbau 7 : 0,
Vorwärts Chemnitz gegen Peil 6 : 2,
Favorit gegen S.-V. Schönau 3 : 0,
Favorit gegen Rapid 3 : 2.

Schiffsnachrichten

Lübeck-Linie Aktiengesellschaft.

Dampfer Lübeck, Kapt. B. Edler, hat auf der Reise von Lübeck nach Ismid am 1. Januar 4 Uhr morgens Quessent passiert.

Angekommene Schiffe
3. Januar.

D. Irene, Kapt. Ballin, von Stockholm, Stückgut, 2 Tg. — Seeschlepper D. Karl Kiehn, Kapt. Bröcker, im Schlepp mit Leichter Wilhelmine Kiehn und Irene Kiehn, von Fazö, Kalksteine, 1 Tg. — D. Lina Kunstmann, Kapt. Wietstock, von Rotterdam, Kohlen, 3 Tg. — D. Mascot, Kapt. Haave, von Hamburg, leer, 1 Tg. — D. St. Jürgen, Kapt. Boy, von Riga, Holz, 2½ Tg. — D. Ulnes, Kapt. Pallesen, von Stettin, 1 Tg. — D. Iris, Kapt. Eckestabbe, von Kopenhagen, leer, 1 Tg. — D. Planet, Kapt. Heinrich, von Storungs, Kalksteine, 2 Tg. — S. Comet, Kapt. Petersen, von Kopenhagen, leer, 2 Tg.

Abgegangene Schiffe.
3. Januar.

D. Wilhelm Kunstmann, Kapt. Sankowsky, nach Rotterdam, leer. — D. Mira, Kapt. Willberg, nach Helsingfors, Stückgut. — D. Magnet, Kapt. Matthiesen, nach Stockholm, Stückgut. — D. Ludwig Kolberg, Kapt. Jacobsen, nach Kopenhagen, Stückgut. — D. Friedrichsort, Kapt. Dahnke, nach Kiel, leer. — D. Mascot, Kapt. Haave, nach Oslo, Stückgut.

Lübeck-Wyborger Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

Dampfer Wiborg, Kapt. Th. Schütze, ist am 1. Januar 10 Uhr morgens in Rotterdam angekommen.

Rundfunk-Programm

Hamburger Sender — Wellenlänge 395 Meter

Dienstag, 5. Januar.

6.55 Uhr vorm.: Zeitangabe. — 7 Uhr vorm.: Wetterfunk. Letzte Drahtmeldungen. — 7.30 Uhr vorm.: Wetterfunk. Landw. Meldungen. — 7.45 Uhr vorm.: Fünf Minuten Recht und Unrecht. — 12—2 Uhr nachm.: Unterhaltungsmusik. — In den Pausen: 12.15 Uhr nachm.: Funkbörse der Norag. — 12.55 Uhr nachm.: Nauener Zeitzeichen. — 1.10 Uhr nachm.: Schiffahrtsfunk. — 2.45 Uhr nachm.: Funkbörse der Norag. — 3 Uhr nachm.: Eisbericht. — 3.35 Uhr nachm.: Zeitangabe. — 3.40 Uhr nachm.: Funkbörse der Norag. — 4 Uhr nachm.: Die Schiffahrt im Funk. Luftverkehrsmeldungen. — 4.15 Uhr nachm.: Unterhaltungskonzert. — 5 Uhr nachm.: Steuerfunk der Norag. Regierungsrat Münch: 1. Teil. 2. Steuertermine für die Woche. — 5.25 Uhr nachm.: Norddeutsche Städtebilder von Kurt Siemers: 44. Wilster. — 6 Uhr abends: Musikalischer Humor in der Funkwerbung. — 7 Uhr abends: Schule der Sprachen: Englisch. — 7.55 Uhr abends: Wetterbericht. — 8 Uhr abends: „Die lustige Witwe", Operette in drei Akten von Viktor Leon Stein. — 10 Uhr abends: Tanzfunk, Wetter- und Sportbericht.

Verantwortlich für Politik und Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmitz.
Für Freistaat Lübeck und Feuilleton: Hermann Bauer.
Für Inserate: Carl Luickhardt. Verleger: Carl Luickhardt.
Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Amtlicher Teil

Aufgebot

Die Nordische Bankkommandite **Sick & Co.** in Hamburg, Laeizhof, hat das Aufgebot beantragt zur Kraftloserklärung der auf den Inhaber lautenden Aktie der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft, No. 9868 über zweihundert Thaler preußisch Courant.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, seine Rechte spätestens in dem Termine

am 13. Juli 1926, vormittags 10 Uhr,

anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Lübeck, den 31. Dezember 1925. (82

Das Amtsgericht, Abteilung 6.

Lübecker Brandkasse

Die Hebung der Beiträge für **1926** erfolgt für die innere Stadt vom 1. bis 12. Februar, für die Vorstädte und die eingemeindeten Stadtteile vom 15. bis 26. Februar. Die Hebezettel werden im Laufe des Monats Januar zugestellt. (87

Allgemeine Ortskrankenkasse für das Fürstentum Lübeck

Eutin, den 30. Dez. 1925.

Mit Wirkung vom 28. Dez. 1925 gelten folgende Lohnstufen, Beiträge usw.

Lohnstufe	Arbeitsverdienst für den Kalendertag	für die Woche	für den Monat	Grundlohn	Wochenbeiträge aus Krankenversicherung	aus Gesetz. Pflichtversicherung	zusammen	Krankengeld für den Kalendertag
	bis einschließlich RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM
a	Lehrlinge ohne Entgelt			0,80	0,33	0,08	0,41	—
I	1,25	8,75	37,50	1.—	0,42	0,11	0,53	0,50
II	1,75	12,25	52,50	1,50	0,63	0,16	0,79	0,75
III	2,25	15,75	67,50	2,—	0,84	0,21	1,05	1,—
IV	2,75	19,25	82,50	2,50	1,05	0,26	1,31	1,25
V	3,25	22,75	97,50	3,—	1,26	0,32	1,58	1,50
VI	3,75	26,25	112,50	3,50	1,47	0,37	1,84	1,75
VII	4,50	31,50	135,—	4,—	1,68	0,42	2,10	2,—
VIII	5,50	38,50	165,—	5,—	2,10	0,53	2,63	2,50
IX	6,50	45,50	195,—	6,—	2,52	0,63	3,15	3,—
X	über 6,50	über 45,50	über 195,—	7,—	2,94	0,74	3,68	3,50

Die Beiträge sind monatlich nachträglich an die Kasse abzuführen.

73) **Der Vorstand.** H. Steenbock.

Öffentliche Versteigerung

am **Mittwoch, 6. d. Mts.** vorm. 9 Uhr, in der Versteigerungshalle des Gerichtshauses über: (85

2 Klaviere, mahagoni Sofa, 2 Sekretäre, 1 Kredenz, Spiegel, 1 antik. Koffer v. 1727, Lehnstühle, Näh- u. a. Tische, Sessel, Teppiche, Vertiko, Ständer, 1 Schreibmaschine, 1 Kaffeeservice, Regulator, Kuckucksuhr, Geige m. Kasten, 12 Bände Meyers Lexikon, elektr. Tischlampe, 1 gr. Posten Einrichtungsgegenstände u. Waren einer Drogerie, als: 1 Regal m. Schiebl. u. 48 Porzellan- u. Glasgefäßen m. Aufschrift, 1 Ladentisch (3 m lg.), 1 Giftschrank m. Schiebladen u. Standgefäßen, 1 gr. Ladenschrank mit Schiebladen u. Glasaufsatz, 1 Glasaufsatz, 1 gr. Partie Trockenfarben, Fußbodenöl, Leinöl, Firnis, Wasserglas, verschied. Seifen, Malerpinsel, versch. Schwämme, 1 gr. Partie Schablonen, Hemdspangen, Handspiegel, Kämme, verschied. Zahnbürsten, Zelluloidkragen, Gummibinden, Damenbinden u. Gürtel, Irrigatoren, Hosenträger u. Hosenknöpfe, Fußmatten, Stoffarben, Hustenmittel, versch. Pastillen und Creme, Schampon, Likör-Essenzen, 1 Tafelwage mit Gewichten u. v. m.

Versch. Jagdgewehre, Kugelbüchsen, Tesching, Jagd- u. Kugelpatronen, Gewehrutensile, Jagdtaschen, Patronenbeutel, Gewehrschrank, Rehkronen, Schreibmaschine mit Tisch, Bücherschrank, verschiedene Gemälde, Schreib- und andere Tische, antike Truhe, Sofas, Sessel u. Stühle, Klubsessel m. Lederbez., 1 Balustrade, Korbmöbelgarnitur, Spiegel, Uhren u. Bilder, Vertiko, Klavier, Grammophon, große Partie bess. Zigarren.

Die Gerichtsvollzieher

Nichtamtlicher Teil

Ihre Vermählung geben bekannt:

Christian Bach und Frau Elly
geb. Pieper (

Lübeck, 2. Januar 1926.
Wahmstr. 39.

Für die Gratulationen, Geschenke u. Aufmerksamkeiten zu meinem 25-jähr. Jubiläum danke bestens.
71) August Quaimann.

Tapeten Wachstuche Engelsgr. 49

Mecklenburg-Strelitz

(Nachdruck behördlicher Anzeigen).

Holzverkauf

am **Dienstag,** d. 12. Jan. 1926, vorm. 10 Uhr, im **„Weißen Berg"** zu **Ziethen.**

I. Garruseerholz, Abt. a. Nr. 1—156, 234—520, 524—537: 6 rm Eichen-Rollen II. Kl., 15,5 rm Eichen-Pfahlholz, 58,5 rm Eichen-Knüppel, 1 rm Reiser I, 31,5 rm Eichen-Knüppel, 28 rm Buchen-Kloben, 189,5 rm Buchen-Knüppel, 127 rm Buchen-Reiser I, 112 rm Birken-Brennholz, 15 rm Weichholz-Brennholz.

II. Schlen, Abt. a. Nr. 645—715, 720—778, 5 rm Eichen-Pfahlholz, 1 Fud. Eichen-Reiser II, 8 rm Buchen-Nutzkloben, 12 rm Buchen-Rollen, 130 rm Buchen-Kloben, 14 rm Buchen-Knüppel, 56 Fud. Buchen-Reiser II, 1 rm Birken-Kloben, 2 rm Weichholz-Kloben.

Schönberg i. Meckl., d. 31. Dezember 1925.
Oberförsterei.

Am Neujahrstage entschlief nach schwerem Leiden der

Bureaudirektor a. D.

Carl Ey

Der Verstorbene hat über 30 Jahre die Geschäfte des Vorstehers der Senatskanzlei wahrgenommen und in seltener Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit dieses Amtes gewaltet, bis ihn sein zunehmendes Leiden vor etwa einem Jahre nötigte, in den Ruhestand zu treten. Die Senatskanzlei wird dem verdienten Beamten und treuen Manne ein ehrendes Andenken bewahren.

Lübeck, den 2. Januar 1926.

(83) **Die Senatskanzlei.**

Lübecker Kaffee-Geschäft 18
Glockengießerstraße 16
Fernruf 2865

Frisch gebr. Kaffee Pfund 2,20—4,40
Renzow-Kaffee i. Paf. ¼-Pfd.-Paf. 80 ₰
Mischkaffee 10proz. Pfd. 55 ₰, 20proz. Pfd. 80 ₰
Lübecker Halb und Halb Pfd. 1,50
Milchkaffee 60proz. Pfd. 1,60
Kakao gar. rein, Marke Weinberg Pfd. 60 ₰
Renzow-Tee Paf. 65 ₰
Zucker . . . Pfd. 29 ₰
Mehl, la. Pfd. 22 ₰
la. Kollreis Pfd. 20 ₰
Langbohnen, la., weiß Pfd. 24 ₰
gr. holländische Erbsen Pfd. 25 ₰
Speckbohnen, la. Pfd. 30 ₰
Speckerbsen, la. Pfd. 25 ₰
Pflaumenmus Pfd. 25 ₰
Kunsthonig, ff. Pfd. 40 ₰
Kunsthonig von Hüter Pfd. 50 ₰
Lieferung frei Haus!

Am 3. Januar starb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder u. Schwager

Heinrich Martens

im 64. Lebensjahre.

In tiefer Trauer
Frau C. Martens geb. Karsten
86) und Familie.

Lübeck, d. 4. Jan. 26.
Hartengrube 44.

Beerdigung am Donnerstag, dem 7. Januar, nachm. 2½ Uhr, Kapelle Vorwerk.

Danksagung.

Allen denen, die unserm lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere der Fa. **Charles Petit** dem Verkehrsbund, sowie Herrn Pastor **Tegtmeyer** für seine trostreichen Worte unsern herzlichsten Dank. (87

Henriette Wulff
geb. Maas und Kinder.

2-Zimmer-Wohnung zu tauschen gegen gleiche. 68) Wickedestr. 42.

Sonniges möbl. heizb. Vorderzimmer zu verm. 64) Travelmannstr. 45, p., l.

Sehr gut erhalt. heller Prom.-Wagen bill. z. vk. 67) Reiferstr. 39a

Gute Milchziege zu kaufen gesucht. (66 Wittmack, Seitenstr. 4.

Feine Wäsche wird gewaschen und geplättet. 72) Wahmstr. 48, II.

Patent-Matratzen
Auflage-Matratzen
werden in jed. Größe zu den billigsten Preisen angefertigt
Gebrüder Hetti
Aelt. Spez.-Gesch.
Untertrave 111/1121
b. d. Holstenstr. (62

Nach den Feiertagen
mit reichlichem Kuchengenuß
ein gutes Brot

KONSUMBROT
esse ich am liebsten!